INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info 2,50 DM

Saalfeld, Leipzig, Magedeburg...

Wie umgehen mit der Nazi-Offensive?

Außerdem im Heft: 1. Mai-Debatte ++ 8. März ++ Kein Castor nirgends! ++

Nr. 445 5.3.1998

Nr. 445
5.3.1998



Wir haben uns angesichts der Papierflut zu zwei Themen diese Woche zu so etwas wie einem Schwerpunkt entschieden. Die Debatte dreht sich eindeutig um die zu beobachtende Mobilisierung von Nazis in den vergangnenen Wochen und Monaten. Damit verknüpft ist jedoch zumindest in Berlin auch die Diskussion um den autonomen ersten Mai. Die Debatte spiegelt sich deutlich im Heft wieder (wir hätten dieses Mal auch 2 Ausgaben machen können). Wir hoffen, es findet sich ein Weg, die eine Mobilisierung nicht so sehr gegen die andere zu stellen...der 1. Mai ist zumindest in Berlin traditionell ebenfalls wichtig, siehe diverse Papers dazu.

Während in Berlin gestritten wird, ob keine, eine oder zwei erste Maidemos stattfinden sollen, mobilisiert die NPD dieses Jahr erneut nach Leipzig. Mit mehreren tausend Teilnehmer/innen rechnet sie angeblich. NPD und JN haben sich mittlerweile zu den wichtigsten Nazi-Organisationen entwickelt. Nicht, weil es ihr gelungen ist, ein paar Bundeswehrnazis zu organisieren, sondern weil sie seit den Verboten von NF, FAP und WJ zur legalen Sammlungsorganisation gerade auch für militante Nazis entwickelt. In der ehemaligen DDR verzeichnen NPD/JN straake Mitgliedergewinnen, so daß sie im Mobilisierungsfall auf ein beträchtliches Potential zurückgreifen kann - das wird auch am 1. Mai so sein.

Das gibt den Nazis offenbar Selbstvertrauen, das sich vor allem in Angriffen gegen Leute ausdrückt, die nicht dem »Normal«Bild weisser Deutscher entsprechen. Einen neue Dimension sind aber auch versuchte Angriffe auf linke Demos wie in Magdeburg oder in Saalfeld oder die Attacke gegen einen Zug, in dem Antifas von Leipzig zur Demo in Dresden fahren wollten. Es ist höchste Zeit, daß die Antifa dazu die einen oder andere Idee entwickelt, und in diesem Sinne wäre es schön, wenn sich tatsächlich die etwas kontinuierlich arbeitenden Gruppen wie das BAT zu Wort melden würden.

Nur ein Mißerfolg wird das Rechte Selbstvertrauen wohl ankratzen können, wünschenswert wäre also, wenn eine Nazi-Mobilisierung mal wieder wirklich verhindert werden könnte.An Saalfeld wird sich am kommenden Wochenende erweisen, inwieweit die außerparlamentarische Linke in einem breiten Bündnis überhaupt noch in der Lage ist, gesellschaftlich etwas zu bewegen.

Noch ein Wort anläßlich der Verhaftungen im Zusammenhang mit der Aktion gegen das Willy-Brand-Haus sowie den diversen Hausdurchsuchungen gegen die Antifa-Szene in den letzten Monaten: Wer/welche mit Bullen redet, fährt definitiv am schlechtesten - **don't talk to cops!**



ORDNER:

HerausgeberIn:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: s.o.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung: Eigendruck im Selbstverlag





Aufruf für eine bundesweite Demonstration anläßlich des Saalfelder Antirassismus-Tages

Gegen jeden rechten Konsens – Antifaschismus läßt sich nicht verbieten!

Stoppt faschistische und rassistische Übergriffe!

Am 11. Oktober 1997 wurde in Saalfeld eine antifaschistische Bündnis-Demonstration staatlicherseits verhindert. Unter dem Motto „Den rechten Konsens durchbrechen" sollte dort gegen die lokale neofaschistische Szene demonstriert werden. Gleichzeitig ging es um die Thematisierung der Ursachen für ein Erstarken der örtlichen Nazi-Szene, die nur dadurch so selbstsicher auftritt, weil sie in einem rechten Konsens verankert ist.
Eingebettet in eine Hetzkampagne gegen die OrganisatorInnen - geführt von verantwortlichen Lokal- und Landespolitikern, der Lokalpresse und Behörden - ereilte die geplante Demonstration ein folgenschweres Verbot durch das Landratsamt. Unter der systematischen Gleichsetzung von AntifaschistInnen und Nazis exekutierte das Land Thüringen mittels eines martialischen Polizeiapparates das Verbot. Die Folge war, daß mehrere hundert AntifaschistInnen in Gewahrsam genommen und unter schikanösen Umständen in einem eigens dafür eingerichteten Sondergefängnis bis zu zwei Tagen festgehalten wurden. Trotz alledem fanden am 11.10.97 spontan an verschiedenen Orten mehrere Demonstrationen und eine erzwungene Autobahnblockade gegen das Verbot mit rund 1.500 Antifas statt.

Die für den 14. März geplante Demonstration richtet sich in gleicher Weise gegen die örtliche Naziszene, die Zustände, in denen es den Nazis möglich ist zu agieren und gegen die systematische Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes. Wir wollen mit der Demonstration klarmachen, daß sich AntifaschistInnen nicht das praktische Eingreifen verbieten lassen. Wir rufen deshalb alle auf, sich an der bundesweiten Demonstration zu beteiligen.

Rechter Konsens - Das Exempel Saalfeld

Saalfeld gerät zum Beispiel dafür, wie der staatliche Umgang mit AntifaschistInnen nur im Kontext der bundesdeutschen Alltags-Realität zu verstehen ist: Ein zur Staatsideologie erhobener „Extremismus"-Begriff zur Gleichsetzung von Nazis und AntifaschistInnen, eine rassistische Politik gegen MigrantInnen, ein Lokalpatriotismus seitens der örtlichen PolitikerInnen, eine besonders unter Jugendlichen starke, offen faschistische Szene, die gegen alles zu Felde zieht, was nicht in ihr Weltbild paßt, und für die Öffentlichkeit nicht existent zu sein scheint. Aus all dem folgt die öffentliche Umdeutung von faschistischen Übergriffen in bloße unpolitische Gewalt.
Nicht wachsender Rassismus und „Rechtsextremismus" werden von der politischen Mehrheit als Problem gesehen, sondern die Menschen und Initiativen, die auf diese aufmerksam machen, die „Nestbeschmutzer", die angeblich das „Ansehen" der Stadt schädigen. Das ist der Hintergrund für den rechten Konsens, von dem hier die Rede ist, und auf den sich antifaschistische Politik allerorten gefaßt machen muß, wenn Widerstand gegen Nazis geleistet werden soll.

Das Gerede von „Law and order"

Das Demonstrationsverbot und seine Durchsetzung sind Ausdruck der allgemeinen Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik. Selbst sozialdemokratische Minister zeigen Bereitschaft, sich als Garanten des „law and order"-Staates anzubieten. Dabei ist das staatliche Kalkül von „law and order" die Antwort der Herrschenden auf die von ihnen selbst produzierten sozialen Mißstände. Der Feind wird überall da ausgemacht, wo es der Konsens subjektiver Sicherheitsbedürfnisse gegen die angeblich explosiv ansteigende Kriminalität zuläßt. Der Feind der „inneren Sicherheit" lauert hinter jeder Ecke - ob die „vietnamesische Zigarettenmafia" oder der „schwarze Drogendealer". Die apokalyptischen

Bundesweite Demonstration

Samstag · 14.03.1998 · 15 Uhr · Bahnhofsplatz

Bedrohungsszenarien werden mit rassistischen Vorurteilen verknüpft. So werden neben der Legitimation für den weiteren Abbau der Grundrechte auch noch Möglichkeiten eröffnet, von den tatsächlichen Ursachen der sozialen und politischen Probleme abzulenken.
Für die Linke bedeuten die Verschärfung der Poliziegesetze und die Überwachungsmöglichkeiten des Staates, wie der gerade beschlossene „Große Lauschangriff", daß der Spielraum des politischen Handelns mehr und mehr eingeschränkt wird. Politischer Protest soll mit Hilfe von polizeistaatlichen Mitteln mundtot gemacht werden. Saalfeld ist zwar als Beispiel für die Verhinderung antifaschistischer Demonstrationen durch ein staatliches Verbot nicht neu - die Massenverhaftung aber sucht ihresgleichen.

Der faschistischen Jugendbewegung muß direkt entgegengetreten werden!

In Saalfeld zeigt sich auch sehr deutlich, wie wenig Beachtung die faschistische Jugendsubkultur als gefährliches Auffangbecken sich verfestigender rassistischer und antisemitischer Weltbilder findet.
Getreu der von den Bielefelder JugendforscherInnen theoretisch bestimmten „akzeptierenden Jugendarbeit" wird Jugendlichen mit einem bisher ungefestigten „rechtsextremistischen" Weltbild Tür und Tor zur Verfestigung dieser Vorurteile geöffnet. Die Attraktivität der faschistischen Jugendsubkultur kann sich erhöhen, ohne daß die jeweils eingesetzten SozialarbeiterInnen ihr Tun hinterfragen müssen. Was bei dieser Herangehensweise seitens der Kinder - und Jugendpolitik einzig und allein zählt, ist nicht der Kampf gegen das faschistische Denken der einzelnen Jugendlichen, sondern die Eingliederung rechtsradikaler Jugendlicher, damit diese mit ihren Aktivitäten nicht aus der Reihe tanzen.
Mit unserer Demonstration erheben wir gleichzeitig die Forderung, diese unsägliche Praxis zur weiteren Ausbreitung der faschistischen Jugendsubkultur umgehend zu beenden.

Unser Motiv

Wir wollen in Saalfeld entschlossen gegen organisierten Neofaschismus und für antifaschistisches Denken und Handeln demonstrieren. Das werden wir uns trotz staatlicher Versuche nicht nehmen lassen. Am 11. Oktober 1997 wurde mit dem martialisch durchgesetzten Demonstrations-Verbot eine neue Qualität deutlich, wie sehr die staatliche Politik jegliche ungebetene Meinung in der Öfentlichkeit verhindern will. Für uns als AntifaschistInnen ist es eine Selbstverständlichkeit, gegen den rechten Konsens vorzugehen. Dies erst recht, wenn - wie inzwischen schon üblich - die staatliche Politik Nazi-Aktivitäten deckt und die Opfer der Naziattacken und -angriffe in der Öffentlichkeit häufig gar zu TäterInnen gemacht werden und gleichzeitig antifaschistischer Widerstand kriminalisiert wird.
Sehr nüchtern müssen wir feststellen, daß sich der öffentliche Aufschrei nach dem Demonstrationsverbot in engen Grenzen hielt. Mit dieser Situation müssen wir als AntifaschistInnen umzugehen lernen. Wir müssen uns also darauf einstellen, daß uns jederzeit und überall das Recht auf antifaschistische Demonstrationen als eines unser wichtigsten Politikmittel streitig gemacht wird, weil es dem Charakter der Standortpolitik von Bund, Ländern, Landkreisen und Kommunen gleichermaßen zuwider läuft. Die Öffentlichmachung einer jeweils örtlichen Nazi-Szene und die Zusammenhänge ihres Funktionierens widerstreben vollends der nationalistischen und profitorientierten Sichtweise von einem sauberen, idyllischen Investitionsstandort.

Zusammen antifaschistisch kämpfen!

Für uns ist Antifaschismus Grundlage für ein Bündnis, in dem wir versuchen, viele Menschen in unsere Bemühungen gegen die zunehmende Rechtsentwicklung der Gesellschaft mit einzubeziehen. Daß diese Aufgabe nicht einfach ist, zeigt der alltägliche Rassismus und die Bagatellisierung nazistischer Aktivitäten, die von weiten Teilen der Gesellschaft getragen werden.
Im Sinne dieser Position soll es das gemeinsame Anliegen der Demonstration sein, aufzuzeigen, wie sehr jeder einzelne Mensch in der Lage ist, seine jeweilige Lebenssituation zu reflektieren und daraus sein Handeln abzuleiten. Die AntifaschistInnen, die am 11. Oktober demonstrieren wollten und dies nun am 14. März werden, kommen aus den unterschiedlichsten politischen Spektren. Dafür spricht nicht nur der Bündnischarakter der Demonstration, sondern die individuelle Motivation jeder einzelnen TeilnehmerIn.
Wir fordern jede Einwohnerin und jeden Einwohner von Saalfeld auf, sich offen zu Antifaschismus und Antirassismus zu bekennen und sich der Demonstration anzuschließen.

Charakter der Demonstration

Der Bündnischarakter soll die Wichtigkeit der Demonstration für alle AntifaschistInnen widerspiegeln, denen an einer antifaschistischen Praxis gelegen ist und diese unterstützen. Schließlich geht es nach unserem Verständnis um nicht mehr und nicht weniger als die Verteidigung des Antifaschismus vor denen, die ihn nur allzugern auf dem Müllhaufen der Geschichte landen sähen.
Deshalb bauen wir auf ein breites Bündnis, in dem es eine positive Bezugnahme aller Beteiligten geben wird. Auch wenn klar ist, daß die Hintergründe für die Beteiligung der einzelnen Gruppen und Initiativen sehr unterschiedlich sind, wird es nicht möglich sein, AntifaschistInnen aufgrund ihrer unterschiedlichen Aktionsformen in „gute" und „böse" Antifas zu trennen.

Antifaschistische Aktion Berlin
Bündnis gegen Rechts (Leipzig) · Antifa Saalfeld

- **Schluß mit der akzeptierenden Jugendarbeit mit rassistischen Jugendlichen!**
- **Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen die Verhafteten in Saalfeld!**
- **Antifaschismus läßt sich nicht verbieten!**

Achtung: Die NPD mobilisiert zu einer Gegendemonstration!!!

Antifa heißt in Bewegung bleiben

Eine kurze Antwort auf die Kritik aus Rostock

Erstmal finde ich eure Kritik absolut berechtigt. Eine Diskussion über die Mobilisierungsfähigkeit der Antifa und des linksradikalen Spektrums zu führen scheint in Anbetracht der Situation mehr als notwendig .

Zu Eurer Kritik an der Organisierung der Demo in Dresden kann ich noch hinzufügen, daß sich die Antifas aus Dresden von den »bürgerlichen BündnispartnerInnen« zu viele Kompromisse haben aufdrücken lassen. So wurden Absprachen über die vorzeitige Auflösung der Demo erst am späten Abend vor der Demo gebrochen . Unter diesen Umständen hätten die DresdnerInnen vielleicht von dem Demokonzept abweichen sollen und schon auf der Auftaktkundgebung darauf hinweisen sollen, daß es besser wäre, in Richtung der Nazis zu gehen .

Die Frage ob die AA/BO die bundesweite Antifaszene dominiert, habt ihr insofern richtig beantwortet, daß sie nur einen Teil der Antifa darstellt, aber trotzdem eine mobilisierungsfähige Organisation repräsentiert.

Das die meisten Gruppen aus der AA/BO nicht nach Dresden gefahren sind, hat wohl die gleichen Gründe, wie auch bei Gruppen aus dem BAT, wo die willkürliche Auswahl von Aktionen und der schlechte Ruf der »Ostdemos« oftmals Mobilisierungshindernisse darstellen.

Das die AA/BO Gruppen aber bekannt gegeben hätten, sie würden nicht nach Dresden fahren, konnte ich von keiner AA/BO Gruppe bisher erfahren. Wenn das so wäre, müßten diese Gruppen auch Gründe dafür nennen (ein Aufruf an die BO Gruppen, dies zu tun) .

Wichtig finde ich vor allem die Frage, warum so wenig Leute in Dresden gewesen sind, wobei Dresden nur ein Beispiel für die schlechte Mobilisierungsfähigkeit, gerade in Berlin ist. Dies zeigte sich auch am 31.1. in Lübeck und am 7.2. in Passau. Nach Passau ist ein Bus gefahren, der nur zu 2/3 besetzt war. Wer einfach aus Gründen der Abgrenzung zur AAB bzw. AA/BO nicht auf Antifa-Aktionen fährt, sollte sein antifaschistisches Bewußtsein überdenken und zu dem Entschluß kommen, daß die AAB, bzw. BO nicht der Feind ist, den es zu bekämpfen gilt, sondern daß es um unterschiedliche Politikansätze geht, die allein durch Kritik und nicht durch »Boykott« dargestellt werden können.

An der Mobilisierung kann es wohl kaum gelegen haben . In Berlin wurde relativ viel plakatiert und es gab eine Informations und Mobilisierungsveranstalltung mit Leuten aus Dresden. Auf der Infoveranstalltung waren nur 25 Menschen, was ja wohl klar auf mangelndes Interesse hindeutet.

Die Nazis treten mit einer Stärke und Geschlossenheit auf. Sie propagieren selbst, alte Grabenkämpfe überwunden zu haben. In dieser Situation können »wir« uns keine Willkür in der Auswahl der Aktionen mehr leisten . Mit Willkür meine ich, daß »wir« sagen, da fahr ich aus den und den Gründen nicht hin, und da fahr ich hin. So sind z.B. 4000 Leute aus dem gesamten Bundesgebiet nach Wurzen gefahren (was auch gut und wichtig ist) und hofften irgendwie dort doch ein paar Nazis zu erwischen, was an diesem Tag höchst unwahrscheinlich war. Und wenn mensch den Nazis wirklich was entgegensetzen kann und muß, lassen sich nur 1000 Menschen mobilisieren ?

NPD-AUFMARSCH IN GÖRLITZ

Für den Samstag, 21. 03. 98, liegt eine Demo-Anmeldung der NPD im ostsächsischen Görlitz vor. Dabei wollen Nazis aus der NPD/JN unter dem Motto " Arbeit zuerst für Deutsche" auf Stimmenfang für die diesjährige Wahl gehen.

Der Kreisverband Görlitz/Niederschlesien ist einer der aktivsten in Sachsen. Im letzten Jahr fanden zwei für die Nazis als erfolgreich zu verbuchende Aufmärsche statt: am 5.7. in Zittau als Trauermarsch für Holger Müller (gewesener Nazi vor Ort) und in Görlitz am 29.11. unter dem Motto "Gegen politische Gewalt"(sic!). Bei beiden war von einer antifaschistischen Gegenmobilisierung nichts zu sehen. Doch darauf sollten sich die Nazis diesmal nicht verlassen!

Mit einem Verbot dieses Faschistenaufmarsches kann in keinem Fall gerechnet werden! - Deshalb selbst verhindern!!!

Keine "befreite Zone" in Ostsachsen!

PS: Gute Infos zum Thema im Antifa-Info Nr.42

Was oft als Ausrede herhalten mußte, nicht nach Dresden gefahren zu sein, war das Verbot des Naziaufmarsches und der Antifademo. Wer sich Nazis entgegenstellen will, sollte staatliche Verbote und ihre Wirkung noch einmal überdenken und sich bis zur »letzten Minute« über die aktuelle Situation informieren. Es wird in diesem Jahr (Wahlkampf) noch einige Naziaufmärsche und Veranstaltungen geben, die vielleicht auch zwischenzeitlich verboten werden. Wie es sich in Dresden , Lübeck und Passau gezeigt hat, wurden die Naziaktivitäten letztendlich aber immer erlaubt .

Für mich stellt sich vielmehr die Frage, wie weit sich die Antifa von den staatlichen Verboten der Naziorganistionen wie NF, NL , Wikingjugend etc. zufriedenstellen, bzw. abspeisen lassen hat. Es war doch mehr als offensichtlich, daß sich die Nazis in autonome Kamaradschaften umorganisiert haben, massenhaft in die NPD/JN eintraten und eintreten und somit eine weitere Stärke und Gefahr in sich bergen. Die Nazis haben es trotz Verboten geschafft, zahlenmäßig mehr zu werden, als die sog. »Autonomen« (laut VS-Bericht).

Wenn ich mir die Ereignisse der letzen Wochen in Berlin anschaue, wo am 27.12. ein Nazikonzert in der Köpenickerstr. stattfand, Leute im Anschluß verprügelt wurden und schließlich der M99 mit Naziparolen besprüht wurde, wird mir schlecht. In Friedrichshain wurden mehrmals Menschen von Nazis auf offener Straße angegriffen. Hier können Nazis immer offener pöbelnd und schlagend durch die Straßen ziehen. Andreas Storr verteilt auf Erwerbslosenprotesten Flugblätter, in Kreuzberg plakatieren ungeschoren 15 JN`ler und im Osten werden ganze Stadtteile von einer rechten »Jugendkultur« dominiert. (Garantiert nicht vollständig, eine Dokumentation wäre zu begrüßen) Alles dies passiert ohne großartige Gegenwehr. O.K. oftmals war es auch nicht möglich einzugreifen, oder es wurde wirklich zu spät mitgekriegt. Aber es reicht nicht aus, die Nazis nur bei ihren Aktionen anzugreifen. Antifa heißt Angriff und zwar immer und überall .

Mein Vorschlag wäre es, wieder ein berlinweites Antifatreffen ins Leben zu rufen, um auf informeller und organisatorischer Ebene die antifaschistischen Strukturen zu stärken und ein besseres Zusammenarbeiten zu ermöglichen .

Ich finde es wichtig, allen Linksradikalen, Feministinnen, »Autonomen«, AntiAKW`lerInnen, Ex-BesetzerInnen, Punx, ... deutlich zumachen ,daß die Nazis zur Zeit eine Stärke und Geschlossenheit zeigen, die es gilt gemeinsam mit BündnispartnerInnen in den sog. bürgerlichen Kreisen zu bekämpfen und offensiv anzugehen .

Antifa heißt nicht weniger werden, sondern mehr!!!

Solidarische Grüße nach Rostock

Nicht vergessen, jetzt schon bekannte Termine:

**14.03.98 Nazidemo in Lübeck
(Bündnis Rechts für Lübeck)**

01.05.98 NPD/JN Aktionen in Leipzig

Ein Antifa aus Berlin

IN DER NACHT ZU MITTWOCH, DEN 11.02.1998, HABEN WIR DIE NICHT BESETZTE POLIZEISTATION IN DER KREUZSTR. IN BRAUNSCHWEIG MIT STEINEN UND FARBFLASCHEN ANGEGRIFFEN.
ES GING UNS DABEI NICHT UM HOHEN SACHSCHADEN, SONDERN UM EINE BESCHEIDENE ANTWORT AUF DIE HAUSDURCHSUCHUNGEN BEI ANTIFASCHISTINNEN AM 04./05.02.

IM ÜBRIGEN MÖCHTEN WIR DARAN ERINNERN, DASS DAS KAPITAL DIE ERDE VON UNS NUR GERAUBT HAT UND WIR SIE WIEDERHABEN WOLLEN !

GEGEN NAZI- UND BULLENTERROR: ZURÜCKSCHLAGEN!

AKTIONSGRUPPE
„MACHT KAPUTT
" WAS EUCH KAPUTT MACHT"

Wo bitte geht's zur Antifa?

Einige Gedanken zu der Kritik an Antifa-Mobilisierungen aus den letzten beiden INTERIMS

In den beiden letzten Interims ist heftige Kritik an den antifaschistischen Mobilisierungen der jüngsten Zeit geübt worden. Gleichzeitig stehen mehrere große Konflikte an: Die Demo in Saalfeld,wo sich zeigen wird, ob die Nazis den Ort voll in der Hand haben, und die wohl drohende Auseinandersetzung mit NPD-Faschos in Leipzig am 1. Mai. Dabei sind mir einige Kritikpunkte aufgestoßen.

Die Kritik hat zwei Stoßrichtungen:
1. Kritik an den Gruppen, die versuchen, eine offensive Politik zu propagieren "Antifa heißt Angriff")
2. Kritik an den organisierten (besonders bundesweit organisierten) Gruppen.

Tendenz: Diese Gruppen ließen die lokalen Antifa-Initiativen allein, beispielhaft am NPD-Parteitag in Stavenhagen Mitte Januar sowie beim NPD-Aufmarsch in Dresden Ende Januar. Vorweg: Es stimmt, daß von Seiten der Antifa dabei wenig erfolgreiches kam. Es stimmt, daß wir uns mächtig was überlegen müssen, wie wir mit ähnlichen Situationen in Zukunft umgehen werden.
Was mich aber gelinde gesagt anstinkt, ist die Tendenz, genau den Gruppen, die noch was auf Reihe kriegen, auch noch vorzuwerfen, sie würden nicht noch mehr machen bzw. sie würden nur "rumposen" bzw. müßten sich Fragen lassen, ob sie ernstzunehmen seien (dieser Vorwurf kam aus Leipzig und richtete sich an die AA/BO). Es mutet schon merkwürdig an, wenn Gruppen und Initiativen, die sich wo immer möglich von einer bundesweiten Organisation ud besonders der AA/BO abgrenzen, plötzlich jammern, die AA/BO würde nicht ausreichend gegen Nazis mobilisieren. Ein Leblingsvorwurf vieler Antifas gegen die AA/BO lautet, sie würde zu massiv auftreten und versuchen, Demos zu dominieren - so moserte das Antifa Infoblatt jüngst am Beispiel der Anti-NPD-Demo in Hamburg, die u.a. von einer AA/BO-Gruppe getragen wurde, "bestimmte Gruppen" würden dementsprechend agieren. Daß sie genau dieses in Dresden und Stavenhagen (wo stolze 100 Antifas waren) nicht taten, und genau dieses ihr zum Nachteil ausgelegt wird, ist schon pikant. Mir drängt sich da der Verdacht auf, daß es nur um die Bestätigung alter Vorurteile gegenüber einer Antifa-Organisation geht.

Gibt es außer der AA/BO keine Antifa-Gruppen mehr, an die diese Fragen zu richten wären? Warum richten sich diese Vorwürfe nur an diejenigen, die eh' viel machen und versuchen, Vorwärts zu gehen? Was ist mit dem BAT, der zweiten bundesweiten Antifa-Organisierung? Müssen die sich nicht die gleichen Fragen stellen lassen? Oder sind die aus dem Schneider, weil sie eh' nicht so viel auf Reihe kriegen? Was ist mit den Antifa-Gruppen, die in Abgrenzung gegen Organisierung immer die jeweilige lokale Basis betont haben und sonst so gerne gegen Auswärtige sprechen?

Gerade die Gruppen aus der AA/BO haben in jüngerer Vergangenheit diverse Anti-Nazi-Mobilisierungen getragen. Als Beispiele seien nur Saalfeld, die Anti-NPD-Demo in Hamburg im September, die Silvio-Meier-Demo in Berlin, die Anti-JN-Demo in Frankfurt, die Demo Anfang Februar in Brandenburg, die Mobilisierung gegen den NPD-Parteitag in Passau Anfang Februar, die Mobilisierung gegen das Deutschand-Bewegung-Treffen in Berlin etc. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß mensch nicht auf jede Demo fahren kann.
Zu recht ließe sich fragen, ob die GenossInnen aus MeckPomm, Leipzig und Rostock bei allen diesen Mobilisierungen mit dabei waren. Es hätte der Antifa nämlich genauso gut getan, mehr und offensiver in Passau zu sein - im Gegenteil zu der AA/BO werte ich diesen Tag nämlich ganz und gar nicht als Erfolg. Auch da wäre mehr Antifa besser gewesen.

Ich bin kein unbedingter Verteidiger der BO, aber mich nervt es entschieden, wenn Leute nur mal auf den Tisch kotzen wollen und sich dafür ein geeignetes Ziel suchen.
Nach wie vor gilt, daß in erster Linie die Verantwortung bei den jeweils lokalen Gruppen liegt, und uns niemand, kein Chef und kein Vorsitzender diese Arbeit abnimmt. Die anstehenden Mobilisierungen für Saalfeld und Leipzig sowie die Offensive der Nazis sind zu wichtig, um sich ein bißchen intern abzuarbeiten und damit alle Schuld zu delegieren.
Die derzeitig heftige Situation liegt mit Sicherheit nicht an der Passivität derjenigen Gruppen, die organisiert Politik betreiben, sondern zuallererst an der Verschlechterung der gesellschaftlichen Situation und dem Aufschwung von JN/NPD und daran, daß es viel zuwenig organisierten Antifas gibt. Damit sollten sich die Antifa auseinandersetzen, nicht (nur) mit sich selbst.

Den tollen LeipzigerInnen, die sich in Berlin so gut auskennen und wissen, daß das linke Ghetto (anläßlich des 1. Mai) über 10.000 Menschen umfasst, sei noch folgendes "ganz besondes Wort" ans Herz gelegt: Wie viele Leute würden wohl nach Leipzig fahren, wenn es in Berlin keine revolutionäre 1. Mai-Demo gäbe? Alle 10.000 DemoteilnehmerInnen? Oder wären nicht vielleicht 1000 schon reichlich viel und dafür würden 9.000 an diesem Tag alleine zu Hause sitzen?

Ihr habt schon recht: Jede/r muß sich an der eigenen Praxis messen lassen. Das gilt allerdings auch für euch in Leipzig. Ich bin gespannt, wie da Eure zu Saalfeld und dem 1. Mai aussieht. Und wenn Leute klagen, sie seien nicht gut genug vernetzt - nun, es gibt wirklich genug Möglichkeiten, sich zu organisieren.

Ein Antifa
der weder aus der AA/BO, dem BAT oder aus Rostock, Leipzig oder MeckPomm stammt und trotzdem was macht

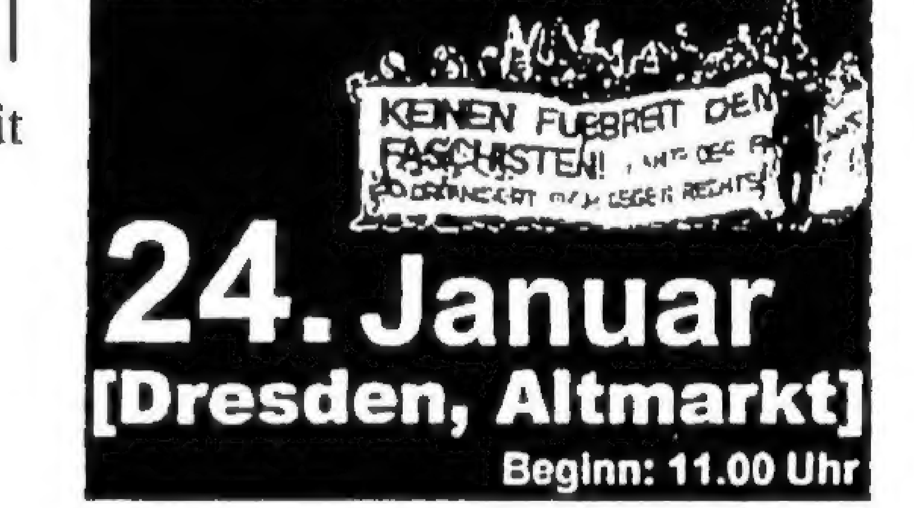
Interessant, wie offensichtlich die Wahrnehmung getrübt wird, wenn man politisch agitieren will: Demoaufruf für Dresden von der Antifaschistischen Aktion, die ja angeblich gar nicht nach Dresden mobilisierte. Bleibt die Frage, was die LeipzigerInnen dann politisch mit ihren Vorwürfen meinen, wenn die Fakten offensichtlich falsch sind?

Den Nazis kein Forum:
Aufmärsche verhindern!

Für den 24. Januar rufen die Nazis zu einer Demonstration des "Nationalen Widerstandes" unter dem Motto "Für Wahrheit und Recht!" nach Dresden auf. Anlaß hierfür ist die Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944".

Deshalb:
[Bundesweite Demonstration]

Verbrechen kann man nicht leugnen!
Deutsche Täter sind keine Opfer.



24. Januar
[Dresden, Altmarkt]
Beginn: 11.00 Uhr

Abfahrt [35,-- DM Ticket]:
06.18 Uhr ab Berlin [Lichtenberg]
Ankunft in Dresden: 10.14 Uhr

Antifaschistische Aktion Berlin
[info]
Engeldamm 68
10179 Berlin
Tel.: (030) 6 15 73 29
Fax.: (030) 6 15 38 60



Schon am 17. Regionaldemo in Dresden mit Mobilisierung auf den 24. Januar!
Antifa-Demo in Passau am 7. Februar nicht vergessen!

V.i.S.d.P.:
B. Teiligter, Auf den Barrikaden 98, 10435 Berlin

Antifaschistische Wochen

DAS GESTERN IM HEUTE BEGREIFEN !

26.Januar - 11.Februar 1998

Vorbereitungskreis "Antifaschistische Wochen" c/o BlaueWeltArchiv Uhland-Straße 8 39108 Magdeburg Telefon: 0391/ 73 29 218

"Das Gestern im Heute begreifen! Gemeinsam gegen Faschismus!"
Die antifaschistische Demonstration am 8.2.1998 in Magdeburg und die Situation allgemein

Am Sonntag, dem 8.Februar - ein Jahr nach der brutalen Ermordung Frank Böttchers durch Jugendliche aus der rechten Szene - fand in Magdeburg eine antifaschistische Demonstration unter dem Motto "Das Gestern im Heute begreifen! Gemeinsam gegen Faschismus!" statt. Die Demonstration war Teil der vom 26. Januar bis zum 11.Februar gehenden "Antifaschistischen Wochen" und aus politischen und praktischen Gründen als nichtmilitant konzipiert. Zur Demonstration kamen ca. 900-1.000 Menschen - weit mehr als wir erwartet hatten.

Zur Demonstration:

Nazi-Provokation
Noch am Treffpunkt vor dem Magdeburger Hauptbahnhof - es hatten sich bereits über 800 DemoteilnehmerInnen eingefunden - versuchten überraschend ca. 50 Nazi-Skins und Hooligans aus Magdeburg und Umland die Demonstration anzugreifen. Sie wurden von AntifaschistInnen zurückgeschlagen. Die ebenso überraschte Polizei, deren Einsatzleiter diese Panne sichtlich peinlich war, nahm umgehend alle beteiligten Nazis fest. Konkretere Hinweise darauf, wie die Aktion der Nazis einzuordnen ist, liegen uns noch nicht vor.

Spaltung der Demonstration
Wenig später setzte sich die Demonstration in Bewegung. Auf dem Weg zum Westfriedhof, wo sich außer dem Grab Frank Böttchers ein Ehrenmal für die von den Nationalsozialisten ermordeten Magdebuger AntifaschistInnen befindet, wurden zwei Bank-Filialen und eine Shell-Tankstelle angegriffen und deren Scheiben zerstört.

Vor dem Eingang zum Westfriedhof fand eine Zwischenkundgebung statt, nach der sich die Demonstration weitgehend teilte. Ca. 150-200 Leute versuchten in Richtung Magdeburg/Olvenstedt zu ziehen, meist wohl in Unkenntnis, wie weit es bis dahin vom Westfriedhof aus ist. Der größere Teil der Demonstration setzte seinen Weg fort, nachdem es nicht gelungen war, den abgetrennten Teil zur Rückkehr in Demo zu bewegen. Dieser lieferte sich eine kurze Schlacht mit der Polizei, in deren Anschluß ca.150 Leute festgenommen worden sind. Die Demonstration selbst wurde wie geplant zum Ausgangspunkt zurückgeführt und dort beendet.

Die Entscheidung der Demo-Leitung, nach der Teilung nicht länger als geschehen auf die anderen zu warten, war richtig. Wir haben uns von den Leuten, die Richtung Olvenstedt wollten, weder vor Ort noch in den Medien distanziert, sind aber dennoch enttäuscht, daß sich ein Teil der DemonstrantInnen nicht an das Konzept der Demonstration halten wollte. Diese Kritik richtet sich vor allem an die autonomen AntifaschistInnen, die an dieser Aktion beteiligt waren. Es muß bei solchen Demonstrationen den AntifaschistInnen vor Ort überlassen bleiben, welches Konzept sie für eine Demonstration auswählen und bestimmen. Kritik daran kann hinterher geübt werden, bzw. können die Leute, die das Konzept nicht teilen, zu Hause bleiben.

Wir hatten uns nicht deshalb für eine nichtmilitante Demo entschieden, weil wir gegen antifaschistische Militanz sind. Menschen und Gruppen, die militante Aktionen in Olvenstedt bzw. Magdeburg fordern, steht es frei, an jedem anderen Tag nach Magdeburg zu kommen und hier Nazis anzugreifen. Es wäre wünschenswert, wenn ihr Geschrei nach Militanz praktische Wirkungen für den Alltag in Magdeburg hätte.
Wir sind auch deshalb frustriert, weil es ein ähnliches Problem im letzten Jahr schon einmal gegeben hat, als AA/BO-Gruppen in völliger Verkennung der Situation in Magdeburg und Olvenstedt versuchten, einen Teil der Demonstration in Richtung eines Jugendclubs zu lenken.

Festnahmen
Die Polizei hat an diesem Tag ca. 200 Menschen festgenommen, darunter die ca. 50 Nazis vom Anfang der Demonstration. Die meisten Leute kamen lediglich in Verhinderungsgewahrsam und wurden in der Nacht freigelassen. Von nahezu allen Festgenommenen wurden Polaroid-Fotos gemacht. Verhöre fanden in der Regel nicht statt. Die Arbeit des Magdeburger Ermittlungsausschusses funktionierte gut. Bis um 6.00 Uhr morgens, als bis auf fünf schwerere Fälle alle freigelassen worden waren, befanden sich EA-MitarbeiterInnen vor dem Knast, nahmen die Entlassenen mit heißem Tee und Essen in Empfang und sammelten die Namen der Festgenommenen zur Weitergabe an anrufende Eltern und FreundInnen.
Die restlichen fünf kamen im Laufe des folgenden Tages frei. Dem Haftrichter wurde niemand vorgeführt bzw. Haftanträge wurden abgelehnt. Mit einer Reihe von Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs ist zu rechnen.
Betroffene wenden sich bitte an:

ea magdeburg
c/o BlaueWeltArchiv
Uhland-Straße 8
39108 Magdeburg
Tel. 0391/ 73 48 642

Öffentliche Wahrnehmung
Die Presseresonanz war, wie in solchen Fällen üblich, fürchterlich. Unsere Bemühungen, politische Aussagen jenseits von "Haut den Nazis auf die Fresse" zu vermitteln, können wir nahezu als gescheitert betrachten. Die nächste Zeit können wir damit verbringen, Medien, BündnispartnerInnen und uns halbwegs gewogenen Teilen der Bevölkerung - ohne uns zu distanzieren - zu erklären, warum es so gekracht hat. Wir hätten auch wichtigeres tun können.

Gesprächsangebot
Falls Interesse besteht, würden wir Demo-Konzept, Situationseinschätzung und Hintergründe der Lage in Magdeburg auf Veranstaltungen bei Euch beschreiben und diskutieren.

Wir möchten nochmal allen Menschen danken, die uns bei der Durchführung der Antifaschistischen Wochen und vor allem der Demonstration unterstützt haben.

Vorbereitungskreis
"Antifaschistische Wochen"

c/o BlaueWeltArchiv
Uhland-Straße 8
39018 Magdeburg
Tel. 73 29 218

Zur allgemeinen Situation in Magdeburg:

Nazi-Szene
Wie in den meisten ostdeutschen Städten bildete sich nach 1989 auch in Magdeburg eine rechte Subkultur heraus, die vor allem in den Neubaugebieten ihre Hochburgen hat. Versuche von Nazi-Gruppierungen, die Skinhead- und Hooligan-Cliquen organisatorisch zu binden, scheiterten in der Regel. Keine Magdeburger Nazi-Gruppe hat in der Vergangenheit jemals regionale oder auch nur lokale Relevanz erreicht. REPs, NPD und DVU mickern seit Jahren vor sich hin, auch wenn in den letzten Monaten ein gewisser Aufschwung zu verzeichnen ist. Gerade die überall boomende NPD mit ihrer Jugendorganisation JN knüpft Kontakte zur militanten Nazi-Skinhead-Szene. Beleg dafür ist unter anderem die Teilnahme Magdeburger Nazis an den Aufmärschen in

Unvollständige Chronologie neonazistischer Mobilisierung

Juni 1997

Neun Nazis schlagen auf einer Autobahnraststätte in Thüringen vier Türken zusammen.

Oktober 1997

-Die Bullen verhindern eine Antifa-Demo in Saalfeld/Thüringen. 400 Leute wurden festgenommen. Eine am gleichen Tag stattfindene Demo der NPD und der JN wurde auch verboten.

Januar 1998

-3.1. Ein Freund des Punks Peter Böttcher wird in dessen Wohnung in Magdeburg von dreizehn Glatzen lebensgefährlich zusammengeschlagen. Böttchers Bruder wurde vor einem Jahr von Nazis ermordert.
NPD in Sachsen hat nach eigenen Angaben 1000 Mitglieder, Anfang 1997 waren es erst 300. Bundesweit sollen es 4.288 Mitglieder.

- Am **10.1.1998** hält die NPD in Stavenhagen, Mecklenburg/Vorpommern ihren Bundesparteitag ab; es kommt nur zu geringen Protesten.

-Rund 1.200 Neonazis beteiligten sich am **24.1.** in Dresden an einem Aufmarsch der NPD gegen die Wehrmachtsaustellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Rund 1000 Antifas demonstrierten zeitgleich unter dem Motto »Kein Platz dem faschistischen Geschichtsrevisionismus-Verbrechen lassen sich nicht leugnen«. In Wurzen griffen am gleichen Tag rund 80 Nazis einen Regionalzug aus Leipzig nach Dresden an, in dem sich 200 Antifas befanden.

-Eine Demonstration des Bündnisses »Rechts für Lübeck« ist am **2.2.** von Antifas verhindert worde. Jedoch gelang es den rund 200 Neonazis, eine Kundgebung abzuhalten. 90 Antifas wurden festgenommen.

- Am 7.2..1998 mobilisiert die NPD rund 4.000 Alt- und Neonazis nach Passau - eine bundesweite Antifa-Demo kommt auf gut 2.000 TeilnehmerInnen. Trotz breitem Bündnis und einiger kaputter Scheiben gelingt es der NPD, relativ ungestört zu bleiben.

München und Dresden sowie an dem versuchten Aufmarsch in Leipzig am 1.Mai.

Trotzdem muß man sagen, daß die eigentliche Gefahr derzeit wohl weniger von organiserten Nazis ausgeht als von ihrer diffusen Subkultur.
Zu ihr rechnen wir in Magdeburg 150-200 Leute, deren "harter Kern" ca. 50-60 Nazis umfaßt. Zusammengehalten werden sie vor allem durch Konzerte, gemeinsame Treffpunkte, Musik usw.
Vor allem die Jüngeren - zwischen 16 und 20 Jahre alt - sind gewaltätig. Rechte "Hochburgen" sind die Neubaugebiete Olvenstedt, Magdeburg-Nord und Neustädter Feld und der Vorort Barleben, wo schon mindestens zwei größere Nazi-Konzerte (bis zu 600 BesucherInnen) stattfanden.

Antifaschistischer Widerstand

Nachdem die Arbeit antifaschistischer Gruppen vor etwa 3 Jahren nach einer Hochphase '93/94 fast völlig eingeschlafen war, entwickelte sich nach dem Tod von Frank Böttcher im letzten Jahr wieder eine aktive antifaschistische Bewegung.

So gibt es seit einiger Zeit in Magdeburg ein wöchentlich stattfindendes "Offenes linkes Treffen" (was derzeit vor allem antifaschistische Arbeit leistet), eine antifaschistische Gruppe, die unter anderem die "Antifaschistischen Wochen" und die Demonstration am 8.2.1998 vorbereitet hat, und einen "Koordinationskreis Antifaschistische Gruppen Magdeburg", in dem AntifaschistInnen verschiedener linker Gruppen und Strukturen zusammenarbeiten.
Das Interesse an antifaschistischer Arbeit ist unter Jugendlichen wegen der Ereignisse der letzten Wochen zur Zeit recht groß. Unser Zeil ist es, davon ausgehend wieder zu einer kontinuierlichen politischen Arbeit zu kommen.

Gelingt es der antifaschistischen Bewegung in Magdeburg auf der Straße, in Schulen, in den Medien stärker als bisher bzw. überhaupt Fuß zu fassen und damit in der Öffentlichkeit wahrnehmbarer zu werden, steigt auch die Akzeptanz für antifaschistisches Engagement. Erreicht werden soll das unter anderem, in dem wesentlich mehr Straßen- und Öffentlichkeitsaktionen durchgeführt werden. Auch die Medienarbeit muß unbedingt verbessert werden.

Stadtfeld/ Projekte

Wichtiger Bezugspunkt und "Hochburg" - um das Wort auch einmal für uns zu verwenden - der autonomen und alternativen Szene ist seit etwa 1992 der Stadtteil Stadtfeld, in dem sich neben einem quasi-besetzten Haus von Punks auch das Projekt U8 befindet. Dort befindet sich u.a. auch das BlaueWeltArchiv. Beide Häuser befinden sich in einem ständigem Kampf um ihren Erhalt.

Stadt

Das Klima in Magdeburg ist nicht konservativer als in anderen Städten. Für Nazi-Gewaltaktionen gibt es in der Regel keinen öffentlichen Beifall bzw. Rechtfertigung, allerdings auch keine klare Stellungnahme gegen das dahinter stehende Weltbild. Stattdessen wird häufig nur von Jugendgewalt geredet. Die Reaktion auf Überfälle von rechts ist allerdings eine rechte: mehr Polizei, härtere Strafen, strengeres Durchgreifen wird gefordert; gesellschaftliche Verantwortung wird dagegen kaum thematisiert.

Der CDU und Teilen der SPD ist vorzuwerfen, daß sie durch eine seit letztem Sommer laufende Kampagne gegen Farbschmierereien und alternative Jugendliche den faschistischen Überfall Anfang Januar mitzuverantworten haben. Im Zusammenhang mit den erwähnten Sprühereien und Farbeierwürfen auf sanierte Häuser sprach die CDU sogar von "Straßenterror" und der Oberbürgermeister Polte (SPD) schlug die Aussetzung eines Kopfgeldes für das Anzeigen von Schmierern vor. Unterstützung, wenn auch nicht immer vorbehaltlos, bekommt die alternative Szene vor allem von der PDS und Bündnis 90/DIE GRÜNEN.
Eine Zusammenarbeit gibt es auch mit der "Aktion Bürgercourage", einer Initiative von Magdeburger KünstlerInnen, Prominenten und PolitikerInnen vor allem von den GRÜNEN, deren Veranstaltung "magdeburg ruckt" am 6.Februar '98 anläßlich der Ermordung Frank Böttchers nur 250 MagdeburgerInnen mobilisierte. Die als bürgerlicher Gegenpol zu unseren Aktionen gedachte Veranstaltung war somit eher ein Mißerfolg.

Grund zu hähmischer Freude haben wir allerdings noch lange nicht.

Der „Thüringer Heimatschutz“

Im Freistaat steigt die Zahl rechter Delikte und in Saalfeld rüsten Neonazis wieder gegen eine **Berliner Zeitung, 25.2.1998**

VON ANDREAS FÖRSTER

SAALFELD, im Februar. Florian hat braune Haare, sofern man ihre Farbe bei zwei Millimeter Stoppellänge noch genau identifizieren kann. Der 14jährige wohnt in Gorndorf, einer Plattenbausiedlung am Stadtrand der thüringischen Kleinstadt Saalfeld, und charakterisiert sich als „eher national eingestellt“.

Das habe sich so ergeben, sagt Florian. Wenn seine Eltern damals, zu DDR-Zeiten, nicht aus der engen Wohnung in der Altstadt auf der anderen Uferseite der Saale hinüber ins Neubaugebiet gezogen wären, stünde er heute wohl nicht mit seinen kahlgeschorenen Freunden in Gorndorf am Würstchenstand. „Vielleicht wäre ich dann so eine linke Zecke und hätte grüne Haare“, sagt er und lacht. „Ja, oder lilafarbene. Vielleicht.“

Dieses „Vielleicht“ ist in Saalfeld eine Frage der Flußseite. Die Saale, die die thüringische Kreisstadt durchschneidet, ist zugleich die Demarkationslinie zweier verfeindeter Jugendblöcke: Rechts in Fließrichtung wohnen die Rechten, links die Linken.

Warnung vor einer „Nazistadt“

Das Gebiet zwischen Saalfeld und dem wenige Kilometer entfernten Rudolstadt gilt in der Szene als Hochburg der rechtsextremen Bewegung in Thüringen. „Antifa“-Aktivisten warnen die Einwohner der Stadt seit langem mit Flugblättern vor einer „Nazistadt Saalfeld“. Doch kaum einer beachtet die jungen Leute. „Die wollen alle ihre Ruhe und schauen weg“, sagt der 25jährige Tom vom „Antifa“-Bündnis.

Tom wohnt in einem Abrißhaus am Schloßberg, links der Saale. Das Haus haben er und seine Freunde zu einer Art Festung umgebaut. „Wir müssen immer damit rechnen, daß die Rechten uns ein Kommando auf den Hals schicken“, sagt Tom. Als Beweis holt er eine Sammlung von Zeitungsausschnitten über rechte Gewalttaten im Landkreis hervor. „Erst am vergangenen Wochenende haben die Nazis grundlos drei 14jährige zusammengeschlagen.“

Von solchen Vorfällen hört Polizeioberrat Friedrich Lutz, wie er sagt, „eher selten“. Zwar räumt der stellvertretende Polizeidirektor von Saalfeld ein, daß die Stadt einen „gewissen Schwerpunkt“ bei rechten Straftaten darstelle. Im Mittelpunkt stünden dabei aber eher „Propagandadelikte“, wie Hakenkreuzschmierereien und „Heil Hitler“-Rufe. Der Polizeioberrat, ein West-Import aus dem Fränkischen, steht mit dieser Einschätzung der Lage nicht allein da. Der Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, Helmut Roewer, sagte Mitte Februar, daß „von einem rechten Sammelbecken in Thüringen keine Rede“ sein könne.

Die Zahlen widerlegen Roewer. In der Statistik rechtsextremistischer Straftaten steht Thüringen bundesweit auf Rang zwei: 1996 gab es im Freistaat 939 solcher Straftaten; in den Jahren davor waren es noch 733 (1995) beziehungsweise 478 (1994). Nur in Nordrhein-Westfalen, wo 1996 rund 1 300 Vorfälle registriert wurden, waren Neonazis aktiver. Im Pro-Kopf-Vergleich ist Thüringen sogar einsame Spitze im vereinten Deutschland.

Das rechtsextremistische Potential in Thüringen beziffert der Verfassungsschutz auf etwa 1 000 Personen. Mehr als die Hälfte davon, etwa 600, zählen Sicherheitsbehörden inzwischen zum militanten Bereich. Was den Verfassungsschützern vor allem Sorge bereitet, ist die wachsende Aggressivität in der rechten Szene, wo sich zunehmend unberechenbarere Gewalttäter einnisten. Ihnen bieten sich in Thüringen offenbar gute Entwicklungsbedingungen, was nicht erst durch den jüngst bekanntgewordenen Fund einer Bombenwerkstatt in Jena deutlich geworden ist. Ende Januar hatte die Polizei das in einer Garage versteckte Labor dreier rechtsextremistischer Bombenbastler gefunden. Die Tatverdächtigen, obwohl seit Monaten vom Verfassungsschutz observiert, konnten entwischen.

Aufruf zum Mord

Schon vor der Entdeckung der Bombenwerkstatt hatten Thüringer Neonazis mit spektakulären Aktionen auf sich aufmerksam gemacht. Ende Februar vergangenen Jahres war in Altenburg die „Todesliste“ einer Bewegung „Blood & Honour“ (Blut und Ehre) aufgetaucht. Die Neonazis riefen darin zur Ermordung von sechs stadtbekannten Linken und des Bürgermeisters auf, der als „korrupte Judensau“ beschimpft wurde. 1995 explodierte in einem Jenaer Ausländerheim eine Rohrbombe; weitere funktionsfähige Sprengsätze plazierten Neonazis in einem Kaufhaus in Suhl und auf der Heidecksburg in Rudolstadt. Bei einer Durchsuchung im vergangenen Oktober stieß die Polizei in der Nähe von Saalfeld auf ein umfangreiches Waffenlager der Neonazis. Innenminister Richard Dewes sprach vom größten Waffenfund in Thüringen seit der Wende.

Schon bald nach der Grenzöffnung 1989 tauchten bayerische Neonazi-Gruppen in Thüringen auf, verteilten Propaganda-Material, lieferten Geld und Waffen. Von einem großen Neonazi-Treffen im Jahre 1990 im Münchner Hofbräuhaus existieren Video-Aufnahmen, die Saalfelder und Rudolstädter Jugendliche in der ersten Reihe der Besucher zeigen.

Eine der Hauptpersonen der rechten Szene im Freistaat ist Tino Brandt, Thüringer Statthalter der im vergangenen Jahr aufgelösten Neonazi-Organisation „Die Nationalen e.V.“ und – unter dem Pseudonym „Till Eulenspiegel“ – Autor im rechtsextremen Internet-Verbund „Netzwerk Thule“. Brandt hatte 1992 die Rudolf-Heß-Demonstration in seiner Heimatstadt Rudolstadt angemeldet, die den Thüringer Neonazis die endgültige Anerkennung durch ihre westdeutschen Geistesbrüder sicherte.

Tino Brandt und seine Mitstreiter, die sich jetzt unter dem Dach des Thüringer Landesverbandes der NPD versammelt haben sollen, sind seit Jahren damit befaßt, die verstreute Neonazi-Szene in Saalfeld/Rudolstadt zu organisieren und zu vernetzen. Unterstützt werden sie dabei – auch finanziell – durch einschlägige Organisationen wie den „Freundeskreis Ulrich von Hutten“, „Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur e.V.“ und ähnliche „kulturelle Volksgemeinschaften“, in denen Altnazis und frühere SS-Angehörige ihre Erfahrungen an die Jüngeren weitergeben.

Wie weit die Vernetzung bereits vorangeschritten ist, wurde im vergangenen Spätsommer deutlich. Ein Bündnis aus antifaschistischen Aktionsgruppen, Parteien und Gewerkschaften hatte zu einer Demonstration gegen rechte Gewalt in Saalfeld aufgerufen. Die Rechten antworteten mit einem Aufruf zur Gegendemonstration am gleichen Ort zur gleichen Zeit. Die Initiative, getragen von der NPD Thüringen, wurde übers Thule-Netz verbreitet, Neonazis aus der ganzen Bundesrepublik kündigten ihren Einmarsch in Saalfeld an. Die Behörden untersagten schließlich beide Kundgebungen. Am geplanten Demo-Tag, dem 11. Oktober, glich Saalfeld einer Festung, rechte wie linke Treffpunkte wurden von Sonder-Einsatzkommandos des Landeskriminalamtes gestürmt. Aber nur bei den Neonazis fand man Waffen.

Seitdem herrsche Ruhe in der Stadt, sagt der Saalfelder Polizeioberrat Lutz. „Wir sind jedoch realistisch genug, das nicht überzubewerten. Die Situation unterliegt gewissen Schwankungen.“

Die nächste „Schwankung“ ist schon programmiert. Am 14. März wollen linke Organisationen und Parteien im Rahmen eines Aktionstages gegen Rassismus den zweiten Anlauf unternehmen, eine Demonstration gegen rechte Gewalt quer durch Saalfeld zu führen. Diesmal hat man einen breiten Unterstützerkreis gewinnen können, darunter Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen und der PDS sowie Vertreter des DGB. Bei einer abendlichen Podiumsdiskussion in Saalfeld wird unter anderem Michel Friedman, Mitglied im Zentralrat der Juden, dabeisein.

Auch die Saalfelder Stadtverwaltung signalisierte zunächst Bereitschaft zur Kooperation. Jetzt aber ist man im Rathaus wie schon im Herbst vergangenen Jahres eingeknickt und präferiert eine „Aktionstags-Lösung“. Auf die Demonstration, so appelliert Bürgermeister Beetz (CDU), solle man besser verzichten, um weder den Rechten noch dem „Schwarzen Block“ der Autonomen Gelegenheit zu Übergriffen in Saalfeld zu bieten.

Versammlung angekündigt

Der Aufruf kommt möglicherweise zu spät, denn die linke Demo hat mittlerweile ihr rechtes Pendant gefunden: Am gleichen Tag, zur selben Uhrzeit wollen sich diverse rechtsextremistische Gruppen unter Führung der Thüringer NPD ebenfalls in Saalfeld versammeln. Als Redner ist der ehemalige Frontmann der „Nationalen“, der Berliner Frank Schwerdt, benannt worden. Schwerdt ist heute Mitglied im Bundesvorstand der NPD.

Die im „Thule-Netz“ verbreiteten Aufrufe lassen erwarten, daß Neonazis aus ganz Deutschland nach Saalfeld kommen. In der rechtsextremen „Berlin-Brandenburger Zeitung“ hieß es, man wolle den „Ewiggestrigen und Kommunisten die Stirn“ bieten. Und man werde es nicht tatenlos hinnehmen, daß Michel Friedman in Saalfeld auftrete. „Da droht eine regelrechte Schlacht“, ahnt Polizeioberrat Lutz.

Das rechte Netzwerk im Freistaat sieht es wohl ähnlich: Der „Thüringer Heimatschutz“, eine „Initiative örtlicher nationaler Gruppen“, kündigte für den Demonstrationstag einen „argumentativen Schlagabtausch mit den Antideutschen“ an.

FR, 17.2.98

Brauchbares fanden die zahlreichen Fahnder unter vielen Daten nicht

Behörden stellen Verfahren gegen angebliche Mitarbeiter einer linksautonomen Zeitschrift ein / Razzia und Observationen

Von Ullrich Fichtner (Berlin)

Die mit großem Aufwand betriebene strafrechtliche Verfolgung angeblicher Mitarbeiter der linksautonomen Berliner Zeitschrift *Interim* wird zur peinlichen Schlappe. Die nach einer Großrazzia eingeleiteten Verfahren gegen 14 Beschuldigte wurden bis zum Montag allesamt eingestellt. Nach *FR*-Informationen verliefen damit intensive Bemühungen von Staats- und Verfassungsschutz im Sand.

Jahrelang waren Polizei, Staatsanwaltschaft und Geheimdienst in Sachen *Interim* mit personellem und technischem Großaufgebot vorgegangen. So waren 500 Polizisten und sechs Staatsanwälte Mitte Juni 1997 in vier Berliner Wohnungen und fünf Wohnprojekte eingedrungen, um nach mutmaßlichen Mitarbeitern der Zeitschrift zu fahnden. Während der sechsstündigen Razzia — der größten in Berlin nach dem Zweiten Weltkrieg — beschlagnahmten die Strafermittler 16 Computer, 2178 Disketten sowie Schmähplakate gegen den Berliner Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) und andere Druckschriften. Strafrechtlich relevantes Material fand sich dabei nach Informationen der *FR* nicht.

Mehrere Anwälte, die Akteneinsicht hatten, berichteten unabhängig voneinander, daß der Berliner Geheimdienst bereits seit 1989 Bürger beschattet habe, die mit *Interim* in Verbindung gebracht worden seien. Die Verfassungsschützer hätten ihre Aktivitäten noch verstärkt, seit sie im Mai 1996 die Druckerei der Zeitschrift gefunden zu haben glaubten. Offenkundig mieteten sie — gemeinsam mit dem polizeilichen Staatsschutz — eine konspirative Wohnung an, um den Ort dauerhaft beobachten zu können. Für August 1996 findet sich nach Angaben der Anwälte eine Aktennotiz, wonach das Gebäude zwei Wochen lang „technisch dauerüberwacht" wurde. Ob damit Video- oder Fotoaufnahmen gemeint sind, sei unklar, da ein Band der Akten als „vertraulich" gekennzeichnet sei.

Im November 1996 ließ der Verfassungsschutz nach Angaben der Anwälte einen Altpapiercontainer auf den Hof des Berliner Polizeipräsidiums transportieren, in den „verdächtige Personen" Pakete geworfen hatten. Diese seien ohne Ergebnis auf Fingerabdrücke untersucht worden. Zudem hätten die Ermittler während der ganzen Zeit — bis zur Razzia Mitte Juni vergangenen Jahres — weiterhin „seitenweise Observationsprotokolle" angefertigt, die den Großteil der mittlerweile fünf Aktenbände füllten.

Einer der Anwalt nannte das Vorgehen der Polizei „sinnlose Datensammelei". Offenkundig sei den Strafverfolgungsbehörden daran gelegen, „Unruhe in die linke Szene zu tragen".

Die Karlsruher Bundesanwaltschaft, die das gesamte Verfahren angestoßen und an die Berliner Behörden überwiesen hatte, nahm zu dem Vorgang am Montag nicht Stellung. Auch die zuständigen Berliner Behörden äußerten sich auf Anfrage nicht. Sie hatten offenbar den Generalbundesanwalt laufend über den Stand der Ermittlungen informiert.

Die Razzia vom Juni war damit begründet worden, daß *Interim* — und damit ihre Mitarbeiter — zur „Begehung von Straftaten" aufgerufen hätte. Mehrere Ausgaben hätten Baupläne für Molotow-Cocktails und andere Brandsätze enthalten, die speziell für Anschläge auf Autos geeignet gewesen seien. *Interim* habe auch erklärt, wie sogenannte Hakenkrallen zur Demontage von Oberleitungen der Bahn beschaffen sein müßten. Das Heft erscheint seit 1988 in Berlin und kursiert in kleiner Auflage unter 1000 Stück im gesamten Bundesgebiet.

WIR HABEN IN DER NACHT ZUM 6.2.98 EINEN REISEBUS DER FIRMA KAEFERSTEIN IN HEIDELBERG PLATTGEMACHT WIR HINTERLIESSEN DIE BOTSCHAFT

KEINE NAZIBUSSE NACH PASSAU - NPD KONGRESS VERHINDERN

UNTERSTUETZERINNEN VON NEONAZIS ZUR RECHENSCHAFT ZIEHEN

AUTONOME ANTIFAS

Steine und Brandsätze auf Autos in Kreuzberg



An mehreren Autos in Kreuzberg sind gestern früh die Scheiben eingeworfen worden. Anschließen versuchten die fünf bis sechs Täter, die in der Nähe von Autohäusern in der Mariannenstraße Ecke Skalitzer Straße abgestellten Fahrzeuge anzuzünden, wie die Polizei mitteilte. Am Tatort wurden mehrere Brandsätze gefunden. Vermutlich wegen des Eintreffens einer Streife flüchteten die Täter, be- [illegible] die Brandsätze richtig zündeten. Nach Angaben von Justizsprecherin Michaela Blume könnten die Taten im Zusammenhang mit der Räumung des besetzten Hauses in der Pfarrstraße stehen, ebenso wie die Steinwürfe auf das Willy-Brandt-Haus in der Nacht zum Mittwoch. Dort sei ein Schaden von rund 100.000 Mark durch eingeschlagene Scheiben entstanden. **ADN/dpa/taz**

1.MAI - ENOUGH IS ENOUGH !

Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen !

Die Ausgangslage oder : „Am Ende standen wir wieder am Anfang"
Als antifaschischer Diskussionszusammenhang wollen wir hiermit öffentlich in die Diskussion eingreifen, die sich dieses Jahr anscheinend quer durch alle (zumindest Berliner) Gruppen zieht: Was tun am 1. Mai? Daß darüber noch 8 Wochen vor dem Datum nirgendwo Klarheit herrscht, ist der Ausgangslage geschuldet. Dieses Jahr

- wird die NPD/JN mit größter Wahrscheinlichkeit in Leipzig aufmarschieren (vormittags?). Das Verbot des Aufmarschs ist unwahrscheinlich, da es (anders als letztes Jahr) als Wahlkampfveranstaltung der NPD angemeldet werden kann. Dies fällt in eine Zeit, in der die Nazis spürbar im Aufwind sind (immer mehr rechte Massendemos und nicht verhinderte Aufmärsche, Diskussion um „Nazis + Bundeswehr", rechte Verankerung in einer alltäglichen Jugendsubkultur, NPD als zunehmend erfolgreiches Sammelbecken für braune Schlägertrupps)
- wird in Berlin wieder eine Vielzahl linker Veranstaltungen stattfinden: Nach unseren vorläufigen Informationen: Vormittags die Gewerkschaftskundgebungen und eine „Future Parade" der Gewerkschaftsjugend und anderer, nachmittags „13 Uhr O-Platz" Bündnis mit den RKs, autonomen Kommunisten und anderen, ab Nachmittags die beiden Straßenfeste in Prenzlberg und Kreuzberg, die aber beide laut Auflagen sehr früh am Abend beendet sein müssen.
- diskutiert die Rosa-Luxemburg - Platz Vorbereitung folgende Vorschläge: weiter wie bisher/ diesmal in einer Bonzengegend/ diesmal mit eindeutiger Abgrenzung gegen (Zitat)„ stalinistische oder leninistische Gruppen"/ diesmal hin zum Potsdamer Platz.
- fällt der 1.Mai in eine Situation, die in Berlin gekennzeichnet ist von zunehmender Härte der Staatsgewalt gegen jede Form unliebsamer sozialer Opposition: neue „Berliner Linie" der Polizei mit Massenrazzien, letztes Haus geräumt, bei Linken zunehmend Hausduchsuchungen schon bei kleinsten Anlässen (Plakatieren, Rangeleien), zunehmend Haftbefehle gegen Linke mit wackligen Konstrukten (z.B. nach der Entglasung der SPD- Zentrale usw.) - bei Umzug der Regierung soll Berlin offensichtlich „besenrein" übergeben werden. CDU - Innensenator Schönbohm setzt an zum innerparteilichen Höhenflug. Gleichzeitig zeigt sich für die Antifa eine Stärke der Nazis, die mit der Situation der letzten Jahre nicht mehr zu vergleichen ist: Provozierende rechte Auftritte sogar in Kreuzberg, Friedrichshain und Prenzlauer Berg, in den Bezirken außerhalb der Szene- Hochburgen ist inzwischen normal, daß Antifa - Jugendgruppen von Nazis bedroht und die Einzelnen aufgelauert und angegriffen werden.

Warum der Mai rot bleiben muß
Gleich zu Anfang: wir können in Berlin nicht einfach so weiter machen, als wäre nichts geschehen Für uns ist aber keine Lösung, in Berlin alles abzublasen und jetzt ausschließlich nach Leipzig zu mobilisieren.

1.) Dahinter steht eine falsche Rechnung. Die Frage ist nicht: 10 000 Leute in Berlin oder 10 000 Leute in Leipzig, sondern: Entweder wir mobilisieren in Berlin 10 000 Leute (die ansonsten oft gar nicht auf Demos gehen) oder wir mobilisieren sie eben nicht, und dann fahren höchstens ein paar hundert Polit-Cracks mehr nach Leipzig und ein paar hundert Jugendliche mehr gehen zur O- Platz- Demo, und der Rest macht gar nichts politisch Wahrnehmbares und sitzt bestenfalls auf den Festen rum. An symbolisch wichtigen Anlässen MÜSSEN wir aber wahrnehmbar sein, weil es nicht nur um die Verhinderung von Schweinereien geht, sondern auch darum, selber neue Leute zu gewinnen, gesellschaftlich, also u.a.in den Medien wahrnehmbar zu sein usw. Dabei darf der erste Mai nicht überbewertet werden; bei Verbot oder anderen widrigen Umständen. wird er halt nicht so toll, aber solange die Möglichkeit besteht, sollte ihn die Linke genauso in Beschlag nehmen wie andere symbolische Daten, z.B. den Protest gegen das Bundeswehrgelöbnis im August oder die Berliner Sylvesternacht im Jahr 2000.

2.) Selbst wenn es gelingt, in Leipzig den Aufmarsch der Nazis zu verhindern, dann hätten doch die Nazis vorgegeben, wann wir uns treffen, wo wir uns treffen, und zu welchem Anlaß. Keine Pressemitteilung würde darauf verzichten, die Nazis in den Mittelpunkt des 1.Mai zu stellen. Die Stärke eines REVOLUTIONÄREN ERSTEN MAI ist das Setzen eigener Impulse. Der 1. Mai ist einer der wenigen Anläße, an denen wir nicht reagieren, sondern unsere eigene Politik in den Vordergrund stellen und als radikale Linke weltweit wahrgenommen werden. Prinzipiell: Die Nazi- Szene IST inzwischen erschreckend stark, und damit müssen wir für die Zukunft einen politischen Umgang finden. Unsere Erfahrung im Moment ist jedenfalls, daß wir fast jedes Wochenende zur Verhinderung irgendwelcher Nazi- Aktivitäten unterwegs sind.

das wirksame Mittel sein. Am Tag selbst - zeigt die Erfahrung - schlagen wir uns ja doch meist mit der Polizei statt mit dem braunen Pöbel.

Dazu kommt noch ein weiteres Problem: wieder wird für linksradikale Politik der Antifaschismus immer bestimmender. Die Rechten kriechen aus ihren Löchern und sammeln sich in der NPD, einige gehen in den terroristischen Untergrund. Aber was hierzulande abläuft, ist mehr als nur die Wiederbelebung des Rechtsextremismus. Wir haben hierzulande den rasanten Umbau des Staates zu verzeichnen und hören schon wieder Kanzler Kohl ankündigen: das Sozialsystem solle noch weiter reduziert werden. Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums prägt das gesellschaftliche Klima, damit einher geht ein geistiges Rollback. Jenseits des Weltbildes der Nazis hält in der feinen Gesellschaft ein historisch bekannter rigoroser Biologismus und auch dr Rassismus Einkehr. Will sagen: Die Nazis sind nicht das Einzige, was uns an dieser Gesellschaft nicht paßt.

Wir plädieren deshalb für eine bundesweite Mobilisierung zu verschiedenen 1. Mai-Aktionen unter einem bestimmten Motto. Das Motto soll eine Mobilisierung gegen die Nazi-Pläne in Leipzig beinhalten. Etwa: „1. Mai - Tag der Arbeit - Tag des Antifaschismus"
Die Mobilisierung muß umfangreicher sein, als bisherige Mai-Mobilisierungen und sollte sich wenn es geht nicht wieder wie alljährlich im eigenen Sumpf verstricken. Wer unbedingt am Rosa-Luxemburg-Platz demonstrieren will, soll das tun - unter diesem Motto. Kann ja dann noch so was wie eigene Untertitel geben. Wer das nach wie vor für konterrevolutionär hält, gegen den Willen von GenossInnen durch Prenzlauer Berg zu flanieren, soll eine andere Aktionsform für den Tag wählen - wenn es geht ebenfalls unter dem Motto. Und wer auch immer es sich vorstellen kann, vor allem im Vorfeld was gegen die Nazi-Mobilisierung zu unternehmen, soll das tun. Genial wäre es, wenn sich auch die vielfältige Antifa unter ein gemeinsames linksradikales Motto bringen ließe.

Vielleicht ist es ja so möglich, unter Vermeidung der bisherigen Zentralisierungen, doch etwas Gemeinsames hinzubekommen. Die vergangenen Jahre waren doch zu sehr davon geprägt, unter einen Hut zu bringen, was nicht unter einen Hut will. Ein gemeinsames Motto könnte sich dagegen als Stärke erweisen, ohne Zwangsmittel zu sein.
Was wir uns dabei vorstellen: Solidarische Akzeptanz der Unterschiede und der unterschiedlichen Aktivitäten, trotzdem Gemeinsamkeit durch eine Koordinierung der Informationen. Wer dagegen zentralisieren oder dominieren will, muß draußen bleiben.

In die Hose geht das allerdings dann, wenn alle sagen: o.k. nichts Gemeinsames und dabei dann rauskommt, daß viele gar nichts mehr machen oder nur kleine klägliche Aktionen und eine mickrige Demonstration rauskommt. Wir halten es auch nach wie vor für wichtig eine große Demonstration auf die Beine zu stellen und die Aktivitäten zu koordinieren. Eine solche Koordination müßte doch trotz aller persönlichen Streitigkeiten, die sonst immer unter dem Deckmantel des politischen Streits ausgetragen werden, möglich sein. Dabei halten wir es für zweitrangig, ob eine große Demonstration am R-L-P losgeht oder am Oranienplatz (Daran wird die Revolution zumindest nicht scheitern).

Klarheit im Vorfeld statt Grabenkämpfe um den goldenen Gral hätten auch noch den Vorteil, daß wir uns alle um die auch bürgerliche Gegenmobilisierung gegen die Nazis kümmern könnten - auch wer oder welche nicht selbst nach Leipzig fährt.

einige Berliner AntifaschistInnen

Der 1. Mai muß unser Tag werden

Der Mai ist gekommen, die Flügel schlagen aus - anders waren die Papiere in der vorangegangenen Ausgabe kaum zu interpretieren. Wir - einige Berliner AntifaschistInnen - haben uns wie viele andere Gruppen den Kopf zerbrochen, wie wir das seit mehreren Jahren kaum lösbaren Dilemma (zwischen eigener Tradition und Verhinderung von Nazi-Propaganda) in diesem Jahr angehen können. Daß die Diskussion nun wieder mit kindischen Kleinkriegen losgeht oder man/frau wieder damit die Zeit vertrödelt, zu sinnieren was die StalinistInnen wohl machen, hat uns sehr geärgert. Wir haben wichtigeres zu tun, als StalinistInnen hinterherzurennen. Wir haben aber auch wichtigeres zu tun, als Kreuzberger oder Prenzlauer Berger Gruppenegoismen zu hätscheln.

Wir fühlen und in diesen Auseinandersetzungen mißbraucht und sehen gar nicht ein, dieses Spiel mitzuspielen. Deshalb starten wir die Diskussion für uns noch einmal neu.
Nicht zum ersten Jahr steht auf der Tagesordnung: Wenn Nazis marschieren, können wir dann guten Gewissens unsere eigene Demonstration machen? Und sollten wir die auch unabhängig von der Nazi-Propaganda durchführen? Oder müssen wir nicht vielmehr alle Kräfte dafür mobilisieren, eine erfolgreiche Nazi-Mobilisierung verhindern?

Zweierlei steht relativ unversöhnlich gegenüber: Die radikale Linke ist uneinheitlicher denn je. Das heißt, gemeinsame Stärke verschiedener linksradikaler Projekte und Strömungen ist keine Alltagserscheinung. Der erste Mai ist der fast alle einende Termin, auf den man/frau sich traditionell bezieht. Dieser Termin ist zwar historisch auch nicht unschuldig, ist aber vor allem in Kombination mit der Walpurgisnacht einer, der Platz für die differenzierte radikale Linke bietet. Ein Tag der Stärke des Ausdrucks. Eine gemeinsame Demonstration oder viele verschiedene Demonstrationen, möglicherweise stadtweite Aktionen und ein oder mehrere Feste am Abend - man/frau könnte den Tag nutzen, um das Klima in der Stadt zu bestimmen. Nicht die eine machtvolle Demonstration, die den Verhältnissen nicht entspricht, steht unserer Meinung dabei im Vordergrund, sondern der vielfache Ausdruck eines linksradikalen 1. Mai´s in Berlin. Zur Politik gehört: präsent zu sein, Stärke und Gemeinsamkeit zu fühlen und Optimismus zu vermitteln - und last but not least Traditionen weitergeben.

Genau um dies alles der Linken zu nehmen, treten Nazis aus Ost und West seit Jahren immer stärker auf. Deshalb mobilisieren sie genau zum ersten Mai. Wie aber sollen wir unseren Tag selbst bestimmen, ohne uns von den Nazis diktieren zu lassen, was wir am 1. Mai tun sollen? Zum einen besteht die Gefahr, daß die Nazis ihren Propagandaerfolg feiern und ungestört in Leipzig marschieren. Zum anderen könnte es uns auch passieren, daß vor unserer eigenen Haustür zum Beispiel wieder in Mazahn oder Hellersdorf wieder Glatzen und Scheitelträger den Tag der Arbeit für ihre rassistische und sozialchauvinistische Propaganda nutzen.
Auch wenn wir - die AutorInnen - uns den 1. Mai als traditionellen Tag nicht aus den Händen nehmen lassen wollen, müssen wir sehen: Auch eine erfolgreiche Propaganda der Nazis nimmt uns unseren Tag.

Aber was ist die Alternative? Auf eigene Aktionen, die nicht im Zusammenhang mit den Nazis stehen, zu verzichten. Für den Medien-Preis: „rechte und linke Gewalttäter haben sich in Leipzig Straßenschlachten geliefert". Wir wollen eine ungestörte Mobilisierung der Nazis verhindern, uns erscheint dies jedoch am aussichtsreichsten wenn wir das sehr weit und vor allem sehr großflächig im Vorfeld entwickeln. Die Arbeit mit den bürgerlichen Linken, der Druck auf Städte und PolitikerInnen, die Mobilisierung von BürgerInnen kann dagegen nur

das wirksame Mittel sein. Am Tag selbst - zeigt die Erfahrung - schlagen wir uns ja doch meist mit der Polizei statt mit dem braunen Pöbel.

Dazu kommt noch ein weiteres Problem: wieder wird für linksradikale Politik der Antifaschismus immer bestimmender. Die Rechten kriechen aus ihren Löchern und sammeln sich in der NPD, einige gehen in den terroristischen Untergrund. Aber was hierzulande abläuft, ist mehr als nur die Wiederbelebung des Rechtsextremismus. Wir haben hierzulande den rasanten Umbau des Staates zu verzeichnen und hören schon wieder Kanzler Kohl ankündigen: das Sozialsystem solle noch weiter reduziert werden. Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums prägt das gesellschaftliche Klima, damit einher geht ein geistiges Rollback. Jenseits des Weltbildes der Nazis hält in der feinen Gesellschaft ein historisch bekannter rigoroser Biologismus und auch dr Rassismus Einkehr. Will sagen: Die Nazis sind nicht das Einzige, was uns an dieser Gesellschaft nicht paßt.

Wir plädieren deshalb für eine bundesweite Mobilisierung zu verschiedenen 1. Mai-Aktionen unter einem bestimmten Motto. Das Motto soll eine Mobilisierung gegen die Nazi-Pläne in Leipzig beinhalten. Etwa: „1. Mai - Tag der Arbeit - Tag des Antifaschismus"
Die Mobilisierung muß umfangreicher sein, als bisherige Mai-Mobilisierungen und sollte sich wenn es geht nicht wieder wie alljährlich im eigenen Sumpf verstricken. Wer unbedingt am Rosa-Luxemburg-Platz demonstrieren will, soll das tun - unter diesem Motto. Kann ja dann noch so was wie eigene Untertitel geben. Wer das nach wie vor für konterrevolutionär hält, gegen den Willen von GenossInnen durch Prenzlauer Berg zu flanieren, soll eine andere Aktionsform für den Tag wählen - wenn es geht ebenfalls unter dem Motto. Und wer auch immer es sich vorstellen kann, vor allem im Vorfeld was gegen die Nazi-Mobilisierung zu unternehmen, soll das tun. Genial wäre es, wenn sich auch die vielfältige Antifa unter ein gemeinsames linksradikales Motto bringen ließe.

Vielleicht ist es ja so möglich, unter Vermeidung der bisherigen Zentralisierungen, doch etwas Gemeinsames hinzubekommen. Die vergangenen Jahre waren doch zu sehr davon geprägt, unter einen Hut zu bringen, was nicht unter einen Hut will. Ein gemeinsames Motto könnte sich dagegen als Stärke erweisen, ohne Zwangsmittel zu sein.
Was wir uns dabei vorstellen: Solidarische Akzeptanz der Unterschiede und der unterschiedlichen Aktivitäten, trotzdem Gemeinsamkeit durch eine Koordinierung der Informationen. Wer dagegen zentralisieren oder dominieren will, muß draußen bleiben.

In die Hose geht das allerdings dann, wenn alle sagen: o.k. nichts Gemeinsames und dabei dann rauskommt, daß viele gar nichts mehr machen oder nur kleine klägliche Aktionen und eine mickrige Demonstration rauskommt. Wir halten es auch nach wie vor für wichtig eine große Demonstration auf die Beine zu stellen und die Aktivitäten zu koordinieren. Eine solche Koordination müßte doch trotz aller persönlichen Streitigkeiten, die sonst immer unter dem Deckmantel des politischen Streits ausgetragen werden, möglich sein. Dabei halten wir es für zweitrangig, ob eine große Demonstration am R-L-P losgeht oder am Oranienplatz (Daran wird die Revolution zumindest nicht scheitern).

Klarheit im Vorfeld statt Grabenkämpfe um den goldenen Gral hätten auch noch den Vorteil, daß wir uns alle um die auch bürgerliche Gegenmobilisierung gegen die Nazis kümmern könnten - auch wer oder welche nicht selbst nach Leipzig fährt.

einige Berliner AntifaschistInnen

1. Mai Was tun , damit es nicht mehr brennt? Was tun, damit es brennt?

Hallo liebe Antifas & 1. Mai RevolutionärInnen,

da ich keinE FreundIn langer papers bin, will ich es möglichst kurz machen.
Da die NPD zum 1. Mai in Leipzig einen Aufmarsch angemeldet hat, und dieser nicht verboten wird [1], mache ich hiermit folgenden Vorschlag.
- und richte diese Aufforderung an DICH persönlich!

..... Keine eigene 1.Mai-Demo in Berlin oder sonstwo organisieren!
Stattdessen bundesweit nach Leipzig mobilisieren!

Gründe:

Die NPD / JN hatte in den letzten Wochen und Monaten einige Erfolge zu feiern, wie z.B.

- 10./11. 1. Bundesparteitag in Stavenhagen (McPomm)
- 24. 1. Demo mit ca. 1000 Teilnehmern in Dresden
- 7. 2. "Tag des nationalen Widerstandes" in Passau mit ca. 3.000 Teilnehmern
- (13.2. "erfolgreiche" Plakataktion in Kreuzberg mit NPD / JN Plakaten)

Hinzu kommt das derzeitige mediale Interesse an der NPD: Kader wollen sich in die Bundeswehr einklagen usw. Die Berichterstattung der bürgerlichen Medien versucht zwar noch die NPD zu skandalisieren, hebt sie aber gleichzeitig auf den Status einer Partei im Spektrum des demokratischen Pluralismus. Für die NPD geht damit die Rechnung auf, daß die Medien immer mehr auf Eigenbehauptungen der Nazis angewiesen sind, die auch gern entgegengenommen werden, um über diese zu berichten.

- Offiziell hat die NPD 20.000 TeilnehmerInnen angemeldet, nach Einschätzung einiger Antifas ist es nicht unrealistisch, daß die Faschos tatsächlich eine fünfstellige Zahl erreichen.

- Trotz Gegenmobilisierung waren an den besagten Terminen zu wenige Antifas vor Ort, um erfolgreich agieren zu können.

- Die NPD/JN ist zur Zeit gefährlichste und "erfolgreichste" Naziorganisation in der BRD.

Also warum keine 1.Mai - Demo in Berlin (schnüff)?

Den Anspruch, am 1. Mai den Nazis nicht die Straße zu überlassen, sollten wir nicht nur auf Transpis vor uns hertragen, sondern auch in die Tat umsetzen!
Da wir (Antifas, Autonome, radikale Linke etc.) zu wenige sind, um wirklich wirkungsvoll in mehreren Städten zugleich erfolgreich zu sein (z. B. mit den 1. Mai Demos in Berlin und anderso, und gleichzeitig noch die Naziaufmärsche verhindern) halte ich es für sinnvoll, Prioritäten zu setzen und gemeinsam zu agieren.
Ist es wichtiger, auf jeden Fall revolutionäre 1. Mai Demos durchzuführen und damit den Naziaufmarsch praktisch zu dulden? Soll unser Sieg am Ende darin bestehen, daß in Berlin vielleicht 1000 oder 2000 Linke mehr auf der Straße waren als Nazis in Leipzig? Oder nehmen wir nach dem Motto "Antifa heißt Angriff" unseren Anspruch beim Wort?

Nach der 1. Mai Antifa-Mobilisierung ´97 und vor allem bei Stavenhagen hat sich gezeigt, daß es nicht reicht, diese Anliegen unter "Ferner liefen..." abzuhaken. Wenn es keine organisierte Mobilisierung gegen die Faschisten geben wird, wird der Widerstandwie so oft nur vereinzelt und zahlenmäßig gering sein.

Und wie jetzt weiter?
Als erstes fände ich es ziemlich klasse, wenn sich Antifas aus Leipzig (vielleicht Bündnis gegen Rechts) die aktuelle Situation in Leipzig darstellen könnten und zu einem bundesweiten 1. Mai Vorbereitungstreffen einladen würden.

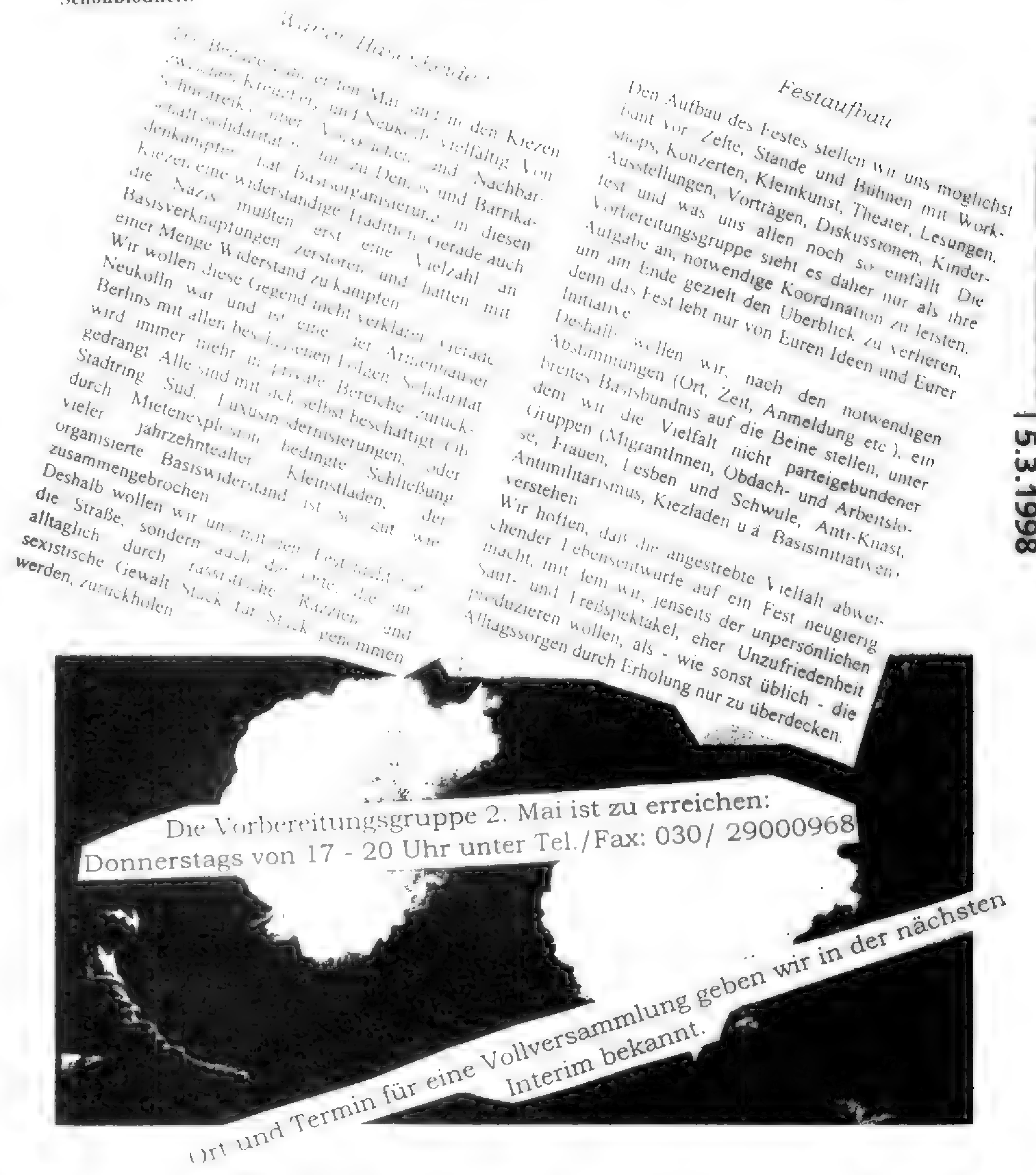
Laßt uns gemeinsam an diesem Tag auf die Straße gehen und den Nazis beweisen, daß Springerstiefel nicht zum Weglaufen geeignet sind!

Bilbo Beutlin.

1) Im letzten Jahr war nach gerichtlichem Hickhack der ausschlaggebende Grund für das Verbot, daß nicht genügend Polizeikräfte verfügbar wären, um Naziaufmarsch und Gegendemo auseinanderzuhalten. Alle anderen von der Stadt Leipzig eingebrachten Verbotsgründe wurden bereits damals vom OLG abgewiesen. Das Urteil zu Dresden orientierte sich an diesem Urteil, der eigentliche Verbotsgrund war nicht mehr gegeben, zu einem Verbot kam es deshalb nicht. Die NPD ist in Sachsen inzwischen ein etablierter politischer Faktor und zahlenmäßig stärker als die GRÜNEN.

Maifestspiele ´98

Uns geht´s um die Planung eines berauschenden 2. Mai-Festes in der Hasenheide. Als Ergänzung zu den Maifestspielen bereiten wir den staatlichen HERRschaften dieses Jahr ein besonders langes Wochenende: Donnerstag: *verhexte* **Walpurgisnacht / Freitag:** *revolutionärer* **1. Mai / Samstag:** *berauschendes* **2. Mai-Fest / Sonntag: bundesweite** *militante* **3. Mai Demo gegen Kanthers Schönblödheit.**



Erster Mai , Nr. drei
(siehe auch interim 444)

Erklärung

warum wir dieses jahr nicht mehr mitmachen:
die erfahrungen der vor- u. nachbereitung der revolutionären 1.mai-demo 97 haben gezeigt, daß es erhebliche differenzen zwischen der antifaschistischen aktion berlin und den an der vorbereitung beteiligten undogmatischen autonomen gruppen gibt. wie im aab-papier geschrieben, ist der raum für derartige diskussionen innerhalb eines demovorbereitungsbündnisses zu eng. das erste treffen für gruppendelegierte hat gezeigt, daß die inhaltliche auseinandersetzung von seiten der aab nicht gewünscht wird. für uns ist dies aber bedingung, um an einer vorbereitung für eine rev.1.mai-demo teilzunehmen. die begrenzung auf 13.00 rl-platz, garniert mit ein bißchen militanzfetisch und köpfe zählen ist zu platt. wir haben keine lust mehr die inhaltliche kulisse für das jährliche aab-werbe-highlight abzugeben, und auch nicht die stellvertretung der berliner undogmatischen autonomen gruppen zu machen. der ansatz, ein möglichst breites linksradikales spektrum an diesem tag auf die strasse zu bringen soll eine einheit der linken suggerieren, die es nicht gibt, passt aber hervorragend zu hochglanzmarketing, liegt also voll im mainstream. würden sich die undogmatischen autonomen gruppen stärker an der Vorbereitung beteiligen, und sich nicht nach dem lustprinzip dem ´sontagsspaziergang´ anschließen oder nicht, könnten die inhalte und techniks auch stärker von ihnen bestimmt werden.
hat der rev.1.mai für autonome noch irgendeine bedeutung ?
masse durch inhaltsleere ? quantität statt qualität ? verinnerlichung der gesellschaftlichen mechanismen ? wo ist da der emanzipatorische ansatz ?
welche wirkung , ausstrahlung hatten die letzten beiden rev. 1.mai-demos ab rl-platz ? welche inhalte wurden wie vermittelt ?
wo sitzt das revolutionäre subjekt ?
gibt es dieses überhaupt noch ? wollen wir es abholen ?
den 1.mai in " unseren vierteln " feiern oder gegen " die macht " ziehen ?
ist diese 1.mai demo in berlin ein berechenbares einkalkulierbares hauptstadt-event ? maifestspiele zum glotzen für die yuppies ?
minimalkonsens gegen das system ?
ein möglichst breites bündnis, um dann im nächsten werbefilm die führung und militanz der aab darzustellen ?
fragen über fragen, und das sind noch längst nicht alle.
ohne diskussion über inhalte sehen wir das powern einer demo, die sich zudem gegen nichts konkretes richtet, als vergeudung unserer kräfte an. ohne das sichtbar und erlebbar werden unsrerer utopien passt sich unser tun ins system ein und richtet sich nur gegen dessen auswüchse.
am letzten märzwochenende wird ein autonomes diskussions-wochenende in der sfe im mehringhof vorbereitet, dort bieten wir raum für diskussionen und inhaltlichen austausch. das alles soll nicht heißen, daß es keinen autonomen beitrag zum 1.mai geben wird, es gibt noch mehr als " die " rev.1.mai-demo in berlin . z.b. leipzig oder ganz was anderes. schau mer mal.

einige autonome gruppen

...1.Mai...

daß der 1.mai auch dieses jahr wieder ***das*** linksradikale ereigniss in berlin wird, scheint allen gruppen bewußt zu sein.
das ein möglichst breites bündniss von gruppen/ personen unterschiedlicher linker anschauungen gerade am 1.mai einheit demonstrieren sollte, ist auch allen klar.
das es wieder diskussionen um die route bzw. präsentation unterschiedlicher inhalte gibt ist kaum zu ändern.
um einiger maßen einheitliche 1.mai ativitäten/ demo zu stande zu bringen, ist es vielleicht ratsam die nachteile der lösungen der letzten jahre aufzuzeigen:
-weder in prenzl´berg noch in X-berg ist es sinnvoll eine militant-revolutionäre demopraxis, sollte sie denn erwünscht sein, auszuleben.
im proletarischen kiez, haben die büttel der klassenjustiz nichts zu suchen
-der internationale kampftag der arbeiterklasse muß dorthin getragen werden wo die herrschenden sitzen
-weder diffus-anarchistische - noch "ultra-utopische volksterror" - Vorstellungen von einem gelungen 1.mai sind sinnvoll
eine gelungende 1.mai-demo (siehe auch vorschlag von "gruppe venceremos")
sollte in der bonzen-city (friedrichstr.,...) statt finden (zu mind.teilweise) und einen angebrachten solidarisch-proletarischen konsens rüberbringen, denn nicht (nur) die radikale linke ist opfer der herrschenden verhältnisse, sondern vor allem arbeiterInnen hier und überall!!!!!!!!

zusammen kämpfen!
rotfront!



Anmerkungen zur 1.Mai - Diskussion in der Interim Nr.444

Wenn man die ganze Diskussion über den diesjährigen 1.Mai verfolgt, kann man eher den Eindruck gewinnen, es gehe hier vorrangig um ein " Räuber-und Gendarm-Spiel für Erwachsene".

1. Wenn von " einigen autonomen Gruppen" das AAB-Papier kritisiert wird, so zeigt das nur wieder den total egoistischen Ansatz, der dahinter steht. Der 1: Mai sollte nicht dazu mißbraucht werden, um politische Grabenkämpfe auszutragen oder Ab-bzw. Ausgrenzungspolitik zu betreiben. Der 1.Mai ist in der derzeitigen politischen Situation einer der wenigen Tage, um den Herrschenden und deren Bütteln wenigstens ansatzweise zu zeigen, daß mit uns zu rechnen ist. Dies läßt sich aber nicht mit einer Spalterpolitik und zwei getrennten Demos realisieren. Vielmehr sollten ALLE den Herrschenden gehörig in Ihre Suppe spucken. Und zwar auf einer gemeinsamen Demo.

2. Zur diesjährigen Diskussion über die Route der diesjährigen 1. Mai Demo möchten wir folgendes anmerken: Wir unterstützen voll und ganz den Ansatz " einiger Linksradikaler", daß die letztjährige Route sehr unklug gewählt wurde. Unserer Meinung nach wäre eine kraftvolle Demo durch Kreuzberg sinnvoller, da dort wirklich mit mehr Unterstützung von außen zu rechnen ist. Der Zorn der dort lebenden Menschen auf das System ist groß und sollte entsprechend genutzt werden, die Anwohner mit auf die Strasse zu bekommen. Wie wäre es, am Rosa-Luxemburg-Platz zu beginnen, und die Abschlußkundgebung in Kreuzberg durchzuführen ?!!

3. Da auch in diesem Jahr mit massiven Angriffen der Büttel zu rechnen ist, sollte im Demokonzept über entsprechende " Antworten " nachgedacht werden. Oder wollen wir in diesem Jahr den Wasserwerfer gleich in die Demo integrieren ??

Für einen starken, revolutionären und " kreativen" 1.Mai

Einige Linke aus Berlin



**1. Mai 1992:
Nazis auf's Maul!**

Große Klappe, nichts dahinter?!
Autonomes Wochenende gegen die Leere

in der SFE im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a

In den Arbeitsgruppen wollen wir ohne große Klappe über folgende Themen reden: Das Private ist politisch?!, Stadtteilarbeit, antipatriarchale Politik, gesellschaftliche Veränderungen, Dogmatismus, Organisierung, Identität - Verhältnis zur "Masse", Aktionsformen. Es gibt auch Raum für eigene Ideen und Arbeitsgruppen.

Freitag, 27. März 1998
- 19 Uhr: Auftaktplenum

Samstag, 28. März 1998
- 12 bis 15 Uhr Arbeitsgruppen
- 16 bis 19 Uhr Arbeitsgruppen

Sonntag, 29. März 1998
- 13 bis 16 Uhr Arbeitsgruppen
- 17 Uhr Abschlußplenum: "Heraus auf die Straße zum 1. Mai? Und auf welche und mit wem und warum?"

Eine "Notverpflegung" für den kleinen Hunger zwischendurch ist gewährleistet, mehr nicht.

Weitere Infos findet ihr in der Interim vom 19. März

Fragen und Fragmente...

Seit zehn Jahren rennen wir nunmehr Jahr für Jahr am 1. Mai mit ein paar tausend Leutchen über die Straßen von Berlin, um unseren revolutionären Anspruch deutlich zu machen. Aber was heißt das eigentlich noch? Wie bin ich, wenn ich revolutionär bin? Wo konkret bringt meine Politik uns dieser (welcher eigentlich?) Revolution näher? Ach nein, die Revolution ist ja eine permanente. Alle Tage 1. Mai. Was war meine revolutionäre Tat heute? Und was kommt am 1. Mai von uns rüber? Hauptsächlich Parolen, Phrasen, ungeheuer radikal, aber ohne jede reale Entsprechung. Auch der Versuch, radikal zu LEBEN, ist immer schwieriger geworden, seitdem unsere erkämpften "Freiräume" mehr und mehr zerschlagen werden - durch offene Repression und Sozialabbau. Aber offenbar wollen auch immer weniger von uns all die Ansprüche, die sich auf den Transparenten so gut machen, auch in die Realität umsetzen. Weil die gesellschaftlichen Verhältnisse und linken Analysen der letzten Jahren keine einfachen Frontstellungen mehr erlauben, da jede/r irgendwie auch Teil des Problems ist, gibt es bei vielen eine lähmende Orientierungslosigkeit.
Auf der anderen Seite gibt es einen Rückgriff auf einfache Politikmuster, simple Weltanschauungen, ML-Parolen. Die Auseinandersetzung mit den eigenen Widersprüchen wird wieder gern auf die Zeit nach dem "revolutionären Sieg der Arbeiterklasse" verschoben. Und wo die Welt nur aus zwei Seiten dies- und jenseits einer Frontlinie besteht, da gilt es natürlich, möglichst viele auf die eigene Seite zu ziehen. Sie sind doch auch vom Sozialabbau betroffen, mein Herr, und Sie auch, gute Frau. Schließen Sie sich uns doch an! Populistische Politik, die die Massen erreichen will. Da stören bestimmte Themen wohl, und das mit dem "Wir haben mehr Fragen als Antworten", klingt zwar ungemein korrekt, aber wen will mensch damit anspechen? In der *Interim* finden noch spannende Diskussionen statt zu Sexismus und Patriarchat; wieviel Einfluß haben solche Diskussionen überhaupt auf unseren Alltag, geschweige denn auf die Entwicklung einer "antipatriarchalen Praxis"? Wir schimpfen über den Dogamtismus der LeninistInnen, doch wo sind wir selbst dogmatisch? Wollen wir bestimmte Inhalte nicht mehr hinterfragen, oder lassen Tabus ein Hinterfragen nicht mehr zu? Umgekehrt gegen die postmoderne Beliebigkeit: Wir haben auch einige Gewissheiten über die gesellschaftlichen Herrschafts- und Unterdrückungsverhältinsse, die wir nicht mehr hinterfragen möchten. Doch welche sind das genau? Ist das, was wir korrekt finden, auch wirklich das, was wir wollen? Haben wir noch Utopien? Braucht Widerstand Utopien? Wollen wir noch mehr als Widerstand? Oder ist laut und deutlich "Nein!" zu sagen, heute nicht schon ein politischer Erfolg? Was bedeutet das, wenn wir eine gesellschaftliche Kraft werden wollen? Die Welt um uns herum verändert sich rasend schnell, und uns fällt oft nix besseres ein, als auf Demos die Sprüche von vor 10, 20 Jahren abzuspulen. Und, mal ganz ehrlich, wer hat eigentlich noch Bock auf Demos, die so wenig Ausstrahlung haben? Und glauben wir noch daran, jemanden damit überzeugen zu können? Was sind die angemessenen Aktionsformen? Machen wir Politik im Kiez mit dem etwas suspekten Herrn Nachbarn oder brauchen wir den nicht, wenn wir die Welt befreien? An wen richten wir uns? Wer mag sich schon noch auf diese Bevölkerung oder gar "das Volk" beziehen? Wir nicht. Aber wer ist dieses WIR? Müssen wir die Widersprüche zwischen uns aufdecken, um inhaltlich klarer zu werden, oder müssen wir sie der lieben Einheit Willen zur Seite schieben? Und wo gibt es vielleicht doch den/die einzelne/n, mit der/dem wir gemeinsam außerhalb unserer Szene Widerstand entwickeln können?

All diese Fragen spielen in der linksradikalen Szene in Berlin eine untergeordnete Rolle, vor allem, wenn es um den 1. Mai geht. Da streitet mensch sich doch lieber mal wieder darum, an welcher Strassenecke mit wem wohin abgebogen wird. Wir, die VeranstalterInnen dieses Autonomen Wochenendes, haben keine Lust mehr, wie die Lemminge zur "revolutionären" 1.-Mai-Demo zu strömen und sie - in dieser Form - weiter zu organisieren. Wir wollen uns mit der Inhaltsleere - nicht nur dieser Demo - nicht abfinden, und an diesem Wochenende versuchen, von den oben angesprochenen Fragen zu einigen Antworten zu kommen. Die Antworten können auch neue Fragestellungen sein. Besser wäre es allerdings, Antworten zu finden, die wir in der Praxis umgesetzt überprüfen können, bevor wir sie neu reflektieren. Wir wollen ins Gespräch kommen, über alte Gewissheiten und Differenzen hinweg. Ein Gespräch mit offenem Ausgang, mit möglichst viel Spontaneität und Kreativität. Es ist kein praktisches Vorbereitungstreffen für den 1. Mai. Allerdings haben wir angedacht, am Sonntag das Abschlußplenum zu nutzen, um auf Grundlage der inhaltlichen Diskussionen über ein praktisches Eingreifen - in welcher Form auch immer - nachzudenken.

> die Vorbereitungsgruppe

Nix mehr!

Kein CASTOR nach Greifswald!

Aktionsaufruf

Die Ruhe ist vorbei! Die ersten drei CASTORen des stillgelegten **AKW Rheinsberg** (Nordbrandenburg) sollen in das **Zwischenlager Nord** (Greifswald/Mecklenburg-Vorpommern) rollen. Schon Anfang des II. Quartals kann es soweit sein.

Ein breites Bündnis von Anti-Atom-Gruppen aus Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern hat beschlossen, die Abfahrt der CASTORen am Kraftwerk zu verhindern.

Mit „friedlichem Widerstand" und einer „menschenfreundlichen Blockade" soll der Transport noch auf dem Werksgleis gestoppt werden.

Die örtlichen Gegebenheiten sind sehr günstig, das Werksgleis verläuft 8 km durch eine sumpfige Waldgegend mit wenig Einwohnern, ab Rheinsberg (nächster Bahnhof) verläuft die eingleisige Strecke fast 15 km bis Herzberg, den ersten Eisenbahnknoten. Die Weichen sind noch im Handbetrieb!, das Werksgleis läuft mehrere Kilometer auf z.T. 5m hohen Sanddämmen, die öffentliche Strecke gleich neben der Hauptstraße. Da wir vor Ort für die entsprechende Grund-Infrastruktur sorgen werden und die Züge (RB 54, 2h-Takt, 2 h Fahrzeit) direkt aus Berlin (Oranienburg) ins kaum 100 km entfernte Rheinsberg fahren, bietet sich der Transport geradezu an, daß die Hauptstädter mal zeigen, was in Ihnen steckt. Einzig die noch sehr skeptische Haltung der Bürger vor Ort (in ihrer mentalen und wirtschaftlichen Abhängigkeit vom AKW) macht uns noch zu schaffen.

Es wird keine Aktion nach dem Schema „X-tausend mal Quer" geben, aber eine öffentliche und friedliche Blockade des Gleises und eine klare Trennung der Aktionen von einander. Dafür haben wir ausreichend Bahn-Strecke. Ziel aller Aktionen ist es, den Transport bis zur Unmöglichkeit aufzuhalten und möglichst teuer zu gestalten.

Der Transport ist nach Angaben der Betreiber nicht notwendig, daß er trotzdem angeordnet wurde, liegt daran, daß sowohl das AKW als auch die CASTOR-Halle der Bundesregierung gehören. Der Transport ist also allein von Bonn zu verantworten!

Es sind alle Aktionen möglich! Vom Rückbau des Gleises wären auch die wöchentlichen nachts stattfindenen Atommüllverschiebereien nach Morsleben oder Greifswald betroffen.

Die erste gemeinsame Aktion findet am

15. März 1998 um 13:30 Uhr in Rheinsberg

statt. Wir treffen uns am Bahnhof Rheinsberg zu einem

atomaren Sonntagsspaziergang,

um alle mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut zu machen und konkrete Aktionen abzusprechen. Der Spaziergang wird jeden dritten Sonntag im Monat bis zum eigentlichen Transport durchgeführt!

Natürlich müssen von uns UND VON EUCH in der Zwischenzeit die Aktionen zum Tag X entlang der Strecke dezentral vorbereitet werden.

Wir suchen noch Posten für die Streckenbeobachtung:

Der CASTOR-Zug kann zwei Hauptstrecken nehmen: Über Neubrandenburg/Stralsund oder über Templin/Prenzlau/Pasewalk. Genauso sind aber Kombis oder andere Strecken (Umweg über Berlin oder Güstrow) denkbar.

Am Tag X werden wir in Rheinsberg gemeinsam unser Recht auf Widerstand wahrnehmen.

Setzt, legt und stellt Euch quer!

Erst in Rheinsberg und dann entlang der gesamten Strecke.

Weitere Infos, Einträge in den Post-Verteiler für Aufrufe, Plakate etc., Aufnahme in die Telefonkette Greifswald bis auf weiteres beim:
atomplenum Greifswald, Lange Straße 1, 17489 Greifswald, Tel 03834-897514, Fax 894523

CASTOR-Alarm:

Erster CASTOR-Transport in's Zwischenlager Greifswald!

ANTI-CASTOR-CAMP NECKARWESTHEIM '9





Nach den letzten Informationen soll der Castor-Transport vom GKN Neckarwestheim ins Zwischenlager bei Ahaus in der zwölften Kalenderwoche stattfinden. Die Anzeichen verdichten sich, dass der **STRASSENTRANSPORT** zum Verladekran am Kohlekraftwerk Walheim für den 20.März geplant ist, von woaus er auf den Schienen bis direkt ins „Zwischenlager" Ahaus rollen soll.

Gemäss dem Motto „**Den Castor stoppen BEVOR er losfährt**" rufen wir auf zur Blockade direkt vor d Toren des GKN, weil wir glauben, dass der Strassentransport der schwächste Punkt ihrer Strategie ist.

Vom Aktionsbündnis Castorwiderstand sind deshalb sowohl

am SONNTAG, DEN 15.MÄRZ als auch

am SONNTAG, DEN 22.MÄRZ .(Auftakt jeweils 14 Uhr, Bahnhof Kirchheim)

Grossdemonstrationen vor Ort angemeldet worden.

Ab Sonntag den 15.März werden wir in mindestens

ZWEI CAMPS AUF PRIVATGELÄNDE (MIT PACHTVERTRAG)präsent sein, um den Profiteuren des Atomprogramms kräftig in die Suppe zu spucken.(diesseits und jenseits der Castorbrücke,siehe Plan)

CAMP 1 / NECKARWESTHEIM

= bietet Platz für ca. 250-300 Menschen
= mit Infozelt (Koordination Infobus=Camps, Aktuelles,SaniZeux, Technix, Werkzeug, Rat&Tat...)
= VOKÜ (Maulwurf,Freiburg,warmes,veganes Essen für 200 bis 500 Leute)
= tägliches Plenum im GEMEINSCHAFTSZELT
= Frauenbereich , mit eigenen Zelten
= Klos, Waschgelegenheiten
= Feuertonnen,Paletten,Brennholz,Stroh
= ...



Am Bahnhof Kirchheim wird als Anlaufpunkt wie immer unübersehbar unser INFOBUS stehn. Hanomag.Gross.Blau.Schön.

CAMP 2 / KIRCHHEIM

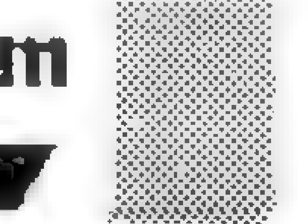
= Platz für ca. 150 Menschen
= Infozelt (Koordination, Aktuelles, etc.)
= Kochgelegenheiten (Gaskocher und Töpfe) zur Selbst- und Gemeinschaftsverpflegung
= Klos, Waschgelegenheiten
=...eure Ideen

Was noch fehlt seid ihr mit guter Laune und Kraft zum Kämpfen und dem was sonst so noch nötig ist, z.B. :› Zelte, wenns geht › Schlafsack, Isomatte, Schlafanzug...›Taschenlampe, Kerzen, Funzeln › GESCHIRR UND BESTECK !!! › wetterfeste und warme Klamotten, auch zum Wechseln(wer kann, auch was für ne Kleiderbörse, aber keinen Müll) › Werkzeuge zur Bodenbearbeitung, Fahrradschlösser, Ketten ...(wir sind ja nich nur zum Spass hier...) › Demoausrüstung (wir empfehlen schlichtes schwarz,haha) › Fahrräder wärn auch gut › wer mit der Bahn anreist, soll bitte Klopapier mitbringen › und wer noch Platz im Rucksack hat: fürs gemeinsame Frühstücksbuffet: Marmelade, Margarine etc., wär klasse Musikinstrumente nich vergessen!

=lasst Eure Tiere wenns irgendwie geht bitte zuhause!

INFOTELEFON ANRUFBEANTWORTER UND FAX : 07141/903363

(Live MI 17-19 UHR, und in der heissen Phase täglich 0-24 Uhr)



Castor Alarm

Wenns brennt : ERMITTLUNGSAUSSCHUSS : 07131-962627

Wenns geht : SPENDENKONTO TAIGA (Stichwort Camp): VOBA Tübingen KtoNr. : 540 40 00(
Blz. : 64190110



Bei Bedarf/Interesse/Lust wollen wir ein Familien/Kinder-Camp einrichten!!

Bitte melden! Koordination : Tel. 07127=972867 (nach 20 Uhr)

Auf ein Neues und bis bald.

An der Saale hellem Strande...
haben wir in der Nacht vom 26. auf den 27. Februar 1998 einen Anschlag auf Einrichtungen der DB verübt.
Die Atomenergie, gegen die wir uns damit wehren, ist eine menschenverachtende Hochtechnologie, die von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird und nur noch mit einem immensen finanziellen Aufwand und mit polizeistaatlichen Mitteln durchgesetzt werden kann.
Die Castor-Transporte der Bahn spielen dabei eine zentrale Rolle, denn ohne Transport in die sog. End- bzw. Zwischenlager oder auch die Wiederaufarbeitung im europäischen Ausland würden die Atomkraftwerke im Strahlenmüll "ersticken" und müßten abgeschaltet werden.
Das wäre das Ende des Atomprogramms.
Solange sich die DB AG zum Helfershelfer der Atomindustrie macht, betrachten wir alle Mittel der Sabotage, die keine Menschenleben gefährden als legitim. Deshalb haben wir die Oberleitungen einer Bahnstrecke bei Naumburg zerstört.
Wir haben dazu eine einfache Hakenkralle aus Baustahl verwendet.
Wir sind Teil des Widerstandes gegen die herrschenden Verhältnisse, in denen Macht und Profit über allem stehen.
Wir rufen alle Menschen auf, ihre Vereinzelung zu überwinden, sich verantwortungsvoll zu organisieren und gemeinsam zu kämpfen.

Wer kämpft kann verlieren,
Wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Wir fordern:
- die Abschaltung aller Atomanlagen
- kein Atommüll nach Ahaus und Gorleben
- stopp der Wiederaufarbeitung
- Energiewende jetzt.

Darum: Baustahl zu Hakenkrallen
und
Dem imperialistischen Tiger den Kofferkuli zwischen die Beine schieben!

Aktionsgruppe Jalawa

WOLLE MER SE DORSCHLASSE ?
NÖ !
DB NACH AHAUS, GORLEBEN ODER SONSTWOHIN -
STOP CASTOR !!
DER DB DIE KRALLEN (!) ZEIGEN, BIS SIE AUFGIBT.
STRECKE MANNHEIM - FRANKFURT
24./25.2.98

Erklärung des Camp-Treffens

Wir sind das Koordinierungstreffen für die Vorbereitung der Camps in Ahaus und wollen noch mal betonen, daß alle Camps für alle Teile des Widerstands offen sind. Es gibt keine Aufteilung in „autonom", „gewaltfrei", „bürgerlich", „militant" oder was auch immer.

Natürlich ist es sinnvoll, wenn Leute, die eine gemeinsame Aktion planen, das gleiche Camp beziehen. Aber bitte behaltet im Kopf, daß es aus gutem Grund diesmal keine Spaltung des Widerstandes nach Aktionsformen oder Selbstverständnis geben soll: Alle am Ahaus-Widerstand interessierten Gruppen haben das auf dem Gesamt-Delegiertentreffen gemeinsam beschlossen, um die Konsequenz aus den Erfahrungen des letzten Transports zu ziehen.

Mit solidarischen Grüßen
Euer Camp-Treffen

Stellungnahme einiger Jugendlichen zum Päderasten Pipo und zu (sexuellem) Mißbrauch

In einer der letzten Ausgabe der INTERIM hat die „Fraktion gegen Nebenwidersprüche" den Päderasten Andreas Kuhrt (Pipo) öffentlich gemacht. Die Fraktion ist mit diesem Beitrag seit längerer Zeit wieder in die Öffentlichkeit getreten. Die Fraktion hatte 1995 die Diskussion um Pipo (damals „XY" genannt) angestoßen, und war auf heftige Kritik unsererseits sowie aus der Szene gestoßen.

Die Situation hat sich in der Form geändert, daß sich Pipo auf fast keinen „Szene-Rückhalt" mehr stützen kann. Auch haben sich inzwischen (wie die Fraktion richtig schrieb) viele Jugendlichen von Pipo gelöst und sich gegen ihn gewandt.

Auch wir möchten an dieser Stelle Position (gegen Pipo) beziehen. Wir, daß sind einige Jugendlichen, die Pipo aus der Gruppe sowie aus der WG geworfen haben.

Wir stehen hinter den Aussagen der Fraktion und teilen die dort angeführte grundlegende Kritik.

Wie von der Fraktion bereits beschrieben, hat unserer „Entwicklungsprozeß" sehr lange gedauert. Während wir uns bei der INTERIM-Diskussion '95 noch hinter Pipo gestellt hatten, fingen wir erst im Frühjahr '96 an, unter uns zu diskutieren. Anfangs sehr zaghaft im kleinen Kreis, bis wir dann mehr Jugendliche und zum Teil ältere Freunde Pipos in die Diskussionen mit einbezogen.
Pipo verließ kurz vor seinem Rausschmiß die Jugendgruppe, die sich u.a. an der Frage pro / contra Pipo, bzw. daraus ableitend „pc-Autonome" oder nicht spaltete und letztlich zerschlug.
Im Herbst '96 verfaßten wir das 13seitige Papier *„auch unsere Toleranz hat Grenzen"*. Es beschrieb u. a. die Struktur des Mißbrauchs. Wir wollten die Jugendlichen, sowie die älteren Freunden zur Diskussion bzw. zur Positionierung zu/gegen Pipo bewegen. Wir versuchten die LeserInnenschaft des Papiers so eng wie möglich zu halten, weil das Papier u. a. sehr private Inhalte sowie die Namen vieler Jugendlicher enthielt. Das Papier gaben wir bewußt nicht zur INTERIM oder zur Fraktion[1] .

Mit einigen wenigen Jugendlichen folgten Diskussionen über die Erfahrungen mit Pipo, und es kam für uns zu erschreckenden Berichten über die Ausmaße der als sektenartig empfundenen Struktur und des (sexuellen) Mißbrauchs seitens Pipo.

Zwischenzeitlich hatten einige von uns Kontakt zu verschiedenen Personen geknüpft, die sich bereits während der INTERIM-Diskussion gegen Pipo gestellt hatten. Daß wir uns von Pipo gelöst hatten und fundamentale Kritik übten, ging in „interessierten Szenekreisen" sehr schnell 'rum. Wir wurden von vielen Seiten angesprochen: *„was ist denn da bei Euch los?"*.
So veröffentlichten wir im Sommer '97 das öffentliche, weniger private Papier *„Sinneswandel"* und versuchten somit unseren Stand und unseren Entwicklungsprozeß nachvollziehbar zu machen. In diesem Papier nannten wir Pipo immer noch „XY".

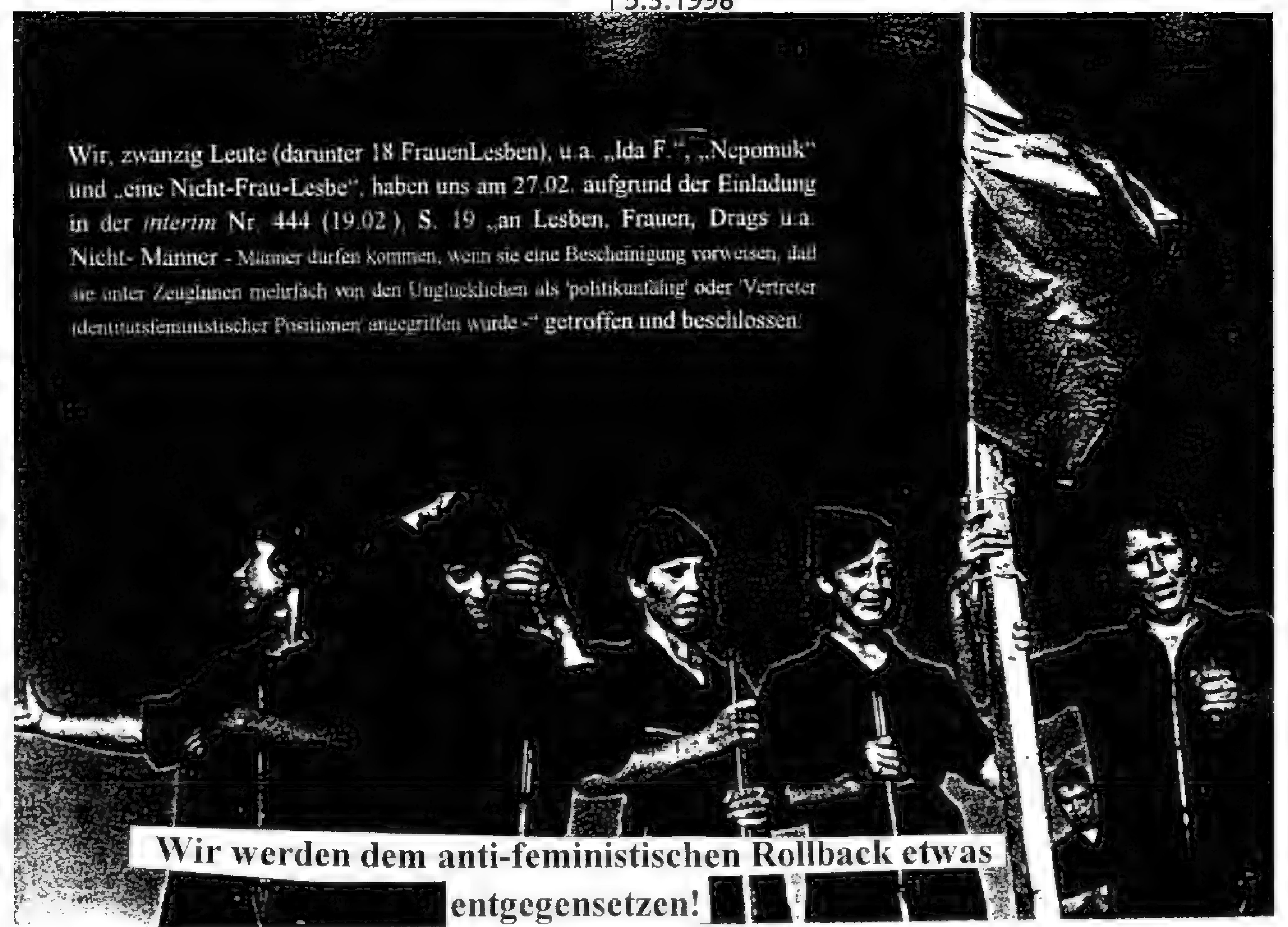
Da sich die Situation inzwischen sehr verändert hat, sehen auch wir von einem weiteren Täterschutz (und das ist die Zurückhaltung von Namen) ab.

Weiterhin möchten wir betonen, daß es sich bei dem Konflikt um Pipo nicht um politische Differenzen oder persönliche Streitereien unsererseits, sondern einzig und allein um (sexuellen) Mißbrauch dreht!
Wer den Konflikt auf eine solche Ebene ziehen will, macht sich zum aktiven Täterschützer und deckt (sexuellen) Mißbrauch!

Einige Jugendliche, März 1998

Zum Schluß:
wir haben uns entschlossen, den zweiten Text *„Sinneswandel"* interessierten Menschen zur Verfügung zu stellen. Wenn bei uns viele Postkarten ankommen, werden wir den Text evtl. auch in die INTERIM setzen. Kritik (wenn sie solidarisch ist) ist sehr erwünscht. Teilt uns Eure „Erfahrungen", die Ihr mit Pipo gemacht habt mit. Was hat er in anderen Städten und wann gemacht?
Kontakt über Tauwetter, Gneisenaustr. 2 a, 10961 Berlin

[1] An dieser Stelle möchten wir alle auffordern, unser *„Toleranz hat Grenzen-Papier"* dementsprechend zu behandeln!



Wir haben begonnen, zu einer gemeinsamen Einschätzung der Situation in der Szene, in der die Veröffentlichung des „Paul- und Paula“-Papieres der Unglücklichen möglich war, und der Situation, die daraus entstanden ist, zu kommen.

Außerdem habe wir **angefangen, erste Aktionsmöglichkeiten zu diskutieren. Die Diskussion soll beim nächsten Treffen fortgesetzt werden.**

Schließlich besteht bei verschiedenen TeilnehmerInnen das Interesse, eine eigene Position zu De-Konstruktion und *Queer Politics* zu erarbeiten - in der Hoffnung, daß an diesen Ansätzen für Feministinnen mehr dran ist, als die Unglücklichen draus gemacht haben. Auch hier wäre das Interesse zu einer radikalen, feministischen politischen Praxis zu kommen, die die De-Konstruktion nicht ausgerechnet damit beginnt, die bestehenden FrauenLesben-Räume zu destruieren.

Fortsetzung des Treffens:

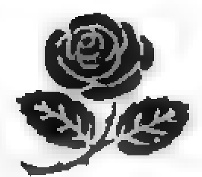
Freitag, den 13.03.1997, 19.00 Uhr

Papiertiger, Cuvrystraße 25, 10997 Berlin-Kreuzberg

Dogmatische, verbiesterte, lustfeindliche Identitätsfeministinnen, entsexualisierte 70er Jahre Polit-Lesben, anti-sexistische PC-TerroristInnen, MännerhaßerInnen - kommt in Scharen!



Sonntag 8. März 1998



Internationaler Frauentag

Aufruf des Frauen / Lesben Bündnisses für den 8. März



Kommt zur Demo !

Treffpunkt:
11.00 auf der Karl-Liebknecht-Straße am S-Bahnhof Alex

Route: Alexanderplatz - Unter den Linden - Brandenburger Tor



♀♀♀

Ab 12°° Uhr

GROSSES FRÜHSTÜCKSBUFETT

Ab 17°° Uhr unterschiedliches Programm:

- **Diavortrag** - zu einem tamilischen Projekt in Vavonija – Sri Lanka, unterstützt von BIEP e.V. Pathai (kulturelle Begleitung: Gedichte + Tanz)

- **Film** - „Wir sind schon da!" Frauen der Selbstorganisation von Migrantinnen ohne Papiere (sans papiers) in Frankreich erzählen über ihre Geschichte + ihre Forderungen

- **Performance** - cea blau: sag' Betty, ich hab' sie geliebt

FRAUEN LESBEN TAG im E X
– jeden 2. + 4. So. im Monat -
Gneisenaustr. 2a - U7, Bus 14o, 119, - Mehringdamm

Rollstuhlgerecht (ebenerdiger Eingang, WC, Tür geht leider nach außen auf)

Noch einmal zur Identitätskritik von Paul, Paula und dem Fliegenpilz

Es geht nicht mehr ausschließlich um das Geschlechterverhältnis,

sondern um eine generelle Abrechnung mit linksradikaler Politik und dabei weiterhin um das Geschlechterverhältnis. Widerstand ist gefragt.

Zur Form meiner Texte: Theorie als Waffe

> „Es kann keine gröbere Beleidigung, keine ärgere Schmähung gegen die Arbeiterschaft ausgesprochen werden als die Behauptung: theoretische Auseinandersetzungen seien lediglich eine Sache der 'Akademiker'. [...]. Solange die theoretische Erkenntnis bloß das Privilegium einer Handvoll 'Akademiker' in der Partei bleibt, droht ihr immer die Gefahr auf Abwege zu geraten."
> **Rosa Luxemburg**, *Werke*, Bd. 1/1, S. 371 - *Sozialreform oder Revolution?*

Ja, meine Texte sind ätzend, kompliziert, genau, meistens sehr lang - und in der Regel anstrengend zu lesen. Es ist ihnen die Anstrengung ihrer Erarbeitung anzumerken. Und sie muten den LeserInnen zu, diese Anstrengung der Erarbeitung nachzuvollziehen. Denn ich verfüge nicht über die *literarisch*-humanistische Bildung, die es mir vielleicht ermöglichen würde, meine Gedanken in eine leichtere Form zu gießen.

Ich möchte aber die Form meiner Texte nicht nur entschuldigen, sondern teilweise auch rechtfertigen: Ich habe nicht auf der Universität, sondern im politischen Kampf gelernt, daß es manchmal auf 'jede Nunance' (Lenin 1902, ja schon wieder diese unverschämte, postmoderne Intertextualität!) ankommt; daß es wichtig ist zu wissen, welche Geschichte die Begriffe haben, denn häufig ist das, was als „neue Politikfähigkeit" ausgegeben wird, nichts als eine Wiederauflage von alten reformistischen Positionen (dazu in Anbetracht der Gefahr des Zusammenbruchs der Autonomen noch einmal ein Lenin-Lesetip: *Werke*, Bd. 21, S. 237, 239 ff. - Der Zusammenbruch der II. Internationale).

Es ist nicht möglich, die Bedeutung aller Begriffe, die in einem Text vorkommen, zu erklären; deshalb sage ich, wo nachgelesen werden kann, was die Begriffe, die ich nicht schaffe in meinen eigenen Texte zu definieren, bedeuten. Und es ist auch nicht möglich, alle Argumente in einem Text auszuführen; deshalb sage ich, wo nachgelesen kann, wo einige Gedanken, auf die ich mich beziehe, genauer ausgeführt sind. Und Begriffe haben in unterschiedlichen Kontexten, bei unterschiedlichen AutorInnen, unterschiedliche Bedeutungen. Deshalb gebe ich genau an, auf wen und welche ich mich beziehe, woher ich meine Begriffe habe.

Und schließlich haben Begriffe eine Geschichte, eine Kampfgeschichte, in der ein riesiger politischer Einsatz auf dem Spiel steht. „[...] im politischen, ideologischen und philosophischen Kampf sind Worte auch Waffen, Sprengkörper oder Beruhigungsmittel und Gifte. Der ganze Klassenkampf läßt sich bisweilen zusammenfassen im Kampf um ein Wort, [...]." (Althusser 1968, 213). Deshalb ist es ein demokratischer Akt, wenn ich meine Quellen angebe und sage, wo nachgelesen werden kann, welche Geschichte meine Begriffe haben und welcher politische Einsatz dabei auf dem Spiel steht. Und es ist ein undemokratischer Akt, wenn bspw. die Unglücklichen nicht angeben, auf welche Quellen sie sich beziehen und woher sie ihre Begriffe von „Dekonstruktion" und „Identitätsfeminismus" haben.

Ich mache durch meine Praxis meine Argumentation überprüfbar und nachvollziehbar - auch für die, die nicht alle Begriffe kennen, die ich verwende. Ich behalte mein theoretisches Wissen nicht für mich, ich benutze keine unerklärten theoretischen Schlagworte, um sie für meine politische Position auszunutzen. Ich sage, wo ich mein Wissen und meine Begriffe her habe, und ich ermögliche dadurch allen, die dies wollen, sich dieses Wissen ebenfalls anzueignen und zu überprüfen, ob ich davon richtigen Gebrauch mache. **Dies zu meiner Verteidigung.**

Nun zum Angriff: Fliegenpilz beutet die Schwerfälligkeit meines Textes (und die - darauf bestehe ich: ganz und gar nicht wissenschaftliche - Schwerfälligkeit des Textes der Unglücklichen) aus, um ohne Argumente Stimmung zu machen (oder ist der Vorwurf, ich würde „schwafeln" etwa ein Argument?!) - Stimmung zu machen, gegen meine Position und Wasser auf seine Mühlen zu leiten. Er versucht den Eindruck zu erwecken, mein Text sei unverständlich; und dabei beweist der eine Absatz, den er meinem Text gewidmet hat, daß er meinen Text *sehr genau* verstanden hat.

Und er, ein großer Kritiker der Identitätspolitik, argumentiert dabei vollständig im Rahmen einer essentialistischen Identitätspolitik. Er betont, daß er „nie die Universität" besucht hat und versucht damit, sich den Beifall derjenigen zu sichern, die sich weigern, Texte wie den meinen (und den der Unglücklichen) zu verstehen. Fliegenpilz versucht damit, *noch ehe er ein Argument anführt*, eine gemeinsame Identität derjenigen, die (sagen, daß sie) akademische Texte nicht verstehen, herzustellen, und diese gemeinsame Identität in Zustimmung für seine politische Position umzumünzen. Eine solche aus dem Nichts konstruierte Identität ist in der Tat kritisierenswert (und sie *ist* aus dem Nichts konstruiert, denn Fliegenpilz sagt selbst, daß er sich an diesen akademisch geprägten Diskursen beteiligt und „nicht das Gefühl [... hat] weniger schlüssig und logisch zu argumentieren". Welche Relevanz hat es also, daß er „nie die Universität besucht" hat? Keine, außer Effekthascherei. Er nimmt für sich sogar an Anspruch, daß er - im Gegensatz zu vielen anderen LeserInnen - den Text der Unglücklichen *nicht* „mißverstanden" hat.)

Bei Fliegenpilz kommt zuerst die Identität und dann die Politik. Dieser Identitätsbegriff ist in der Tat kritisierenswert. Ich hatte in meinem Text genau den umgekehrten Identitätsbegriff verteidigt: Identität *nicht als Voraussetzung*, sondern *als Produkt* einer gemeinsamen Analyse und gemeinsamen politischen Praxis.

Zur Form des Diskurses von Fliegenpilz: Vereindeutigung des Uneindeutigen

Meinen letzten Text in der *interim* habe ich mit „Eine Nicht-Frau-Lesbe" unterschrieben. Mir war und ist klar, daß es daran, - trotz der Begründung, die ich in dem Text dafür gegeben habe - Kritik von FrauenLesben geben kann. Ich werde darauf am Ende meiner Fortsetzung dieses Textes eingehen. Ich möchte mich hier nur mit der Reaktion von Fliegenpilz beschäftigen.

Fliegenpilz, dem Anspruch nach ein *großer Kritiker der Identitäts*logik, *kann aber die Uneindeutigkeit* der Bezeichnung „Nicht-Frau-Lesbe" anscheinend *nicht ertragen.* Er macht aus der „Nicht-Frau-Lesbe" einen „Lesberich" und spricht von mir als „er". Warum? Er lie

fert kein Argument dafür. Fühlt er sich vielleicht in seiner Identität als „bisexueller Mann" bedroht, wenn es Wesen gibt, die sagen, daß sie keine Frauen sind, und trotzdem sagen, daß sie keine Männer sind? Hat er Angst statt ein Mann vielleicht auch bloß eine Nicht-Frau zu sein? So viel Angst, daß er mich einerseits als männliches Wesen vereindeutigen muß; und andererseits - da ich so einE unsichereR KantonistIn bin - mit der Endung „-rich", die nach der hiesigen Sprachkonvention dem Tierreich vorbehalten ist, sogleich wieder aus seiner Männer-Gemeinschaft, zu der ich eh nicht gehören will, ausgrenzen muß?
Wie dem auch immer sei, jedenfalls hat Fliegenpilz den Kern meines Textes sehr genau verstanden, wenn er sich daran stößt, daß ich mich als (Nicht-Frau)-Lesbe bezeichne. Auch der Geschlechterkampf „läßt sich bisweilen zusammenfassen im Kampf um ein Wort": „Lesbe" ist nicht nur ein Wort, das unter meinem Text steht, sondern die revolutionäre Position in Bezug auf das Geschlechterverhältnis, von der aus ich im ersten Teil meines Textes die Position der Unglücklichen kritisiere und im zweiten Teil meine eigene Lesart von De-Konstruktion entwickele. Und wenn Fliegenpilz weiterhin darauf besteht, „im Zweifelsfall nur [... ein] bisexueller Mann" zu sein, dann wird er bei unserer, der lesbischen Revolution in der Tat nicht viel zu tanzen haben. Ich frage mich nur, wo Fliegenpilz *als Mann* - und darauf, ein solcher zu sein, besteht er! - die Dreistigkeit her nimmt, zu verlangen, bei einer Revolution, die gerade der Entmachung der Männer dienen wird, auch noch tanzen zu dürfen. Bei unserer Revolution - die nicht nur aus Tanzen bestehen wird, sondern die von Doppeläxten und Maschinengewehrinnen beschützt werden wird - werden diejenigen Tanzen können und Tanzen wollen, die sich freuen werden, daß sie dann nicht mehr Frauen (oder Männer) sein müssen.

Soweit hat Fliegenpilz meinen Text sehr genau verstanden. Völlig schleierhaft ist mir allerdings, wie er zu der Behauptung kommt, ich hätte behauptet, „[d]ie Lesben" seien „die Reinkarnation der absolut widerspruchsfreien guten revolutionären Bewegung". Ich habe bspw. in meinem Text die Kontroversen unter Lesben über *butch/femme*-Beziehungen und die Problematik von klassistischen und rassistischen Machtverhältnissen zwischen Lesben angesprochen. Als zusätzliches Widerspruchs-Elemente wäre vielleicht noch zu unterscheiden zwischen dem theoretischen Begriff „Lesbe", der reflektiert, daß Lesben *in ihrer alltäglichen Praxis - real* - nicht in jenem Dienstbarkeitsverhältnis zu Männern stehen, das Frauen in dieser Gesellschaft definiert, und der Frage, inwieweit *jede einzelne* Lesbe daraus auch eine *bewußte politische* Praxis macht.
Und jedenfalls habe ich als (lesbische) KommunistIn - ganz im Gegensatz zu Fliegenpilz, der ständig darüber schreibt, und Kermit-Habermas, bei dem diese Unterscheidung am rechten sozialdemokratischen Platz ist - an keiner Stelle einen Gegensatz zwischen gut und böse aufgemacht. Denn die „Kommunisten predigen ***überhaupt keine** Moral*, [...]. Sie stellen nicht die moralische Forderung an die Menschen: Liebet Euch untereinander, seid keine Egoisten pp.; [...]." (Marx/Engels, *Die deutsche Ideologie*, in: *Werke*, Bd. 3, 229 - kursive Hervoh. i.O.; fett-kursive d. Verf.In).
Ich sage nicht, daß Fliegenpilz böse ist, weil er sich als Mann versteht; ich sage nicht, daß die unglücklichen Männer böse sind, weil sie anti-feministisch argumentieren; und ich sage auch nicht, daß die unglücklichen Frauen böse sind, weil sie anti-feministisch argumentieren. Ich sage vielmehr: Solange sie die (unterschiedlichen) anti-feministischen Rollen spielen, die die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen von ihnen verlangen, solange bezeichnen sie sich zurecht als Männer und Frauen, und solange brauchen sie sich nicht wundern, daß sie, insbesondere die Männer, ganz ohne Nächstenliebe von denen, die diese Rollen nicht spielen, bekämpft und (insbesondere die Frauen) kritisiert werden.

„Die Gestalten von Kapitalist und Grundeigentümer zeichne ich keineswegs in rosigem Licht. Aber es handelt sich hier um die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen. Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt [...] den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, sosehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag." (K. Marx, *Das Kapital*. Erster Band, in: MEW 23, 16).

In diesen Auseinandersetzungen - sei es der Geschlechterkampf, sei es der Klassenkampf - vertrete ich keine bessere Moral, sondern *ich ergreife Partei* in einem Machtkampf!

„Wir bezeichnen uns als Kommunisten," - Lesben und Anti-RassistInnen, - „was aber weder als Anspruch einer Identität noch als moralische Aussage zu verstehen ist, da der Wille zum Kommunismus zweifelsohne auf ganz unterschiedlichen philosophischen Motivierungen beruhen kann, sondern [...] als Bezugsrahmen auf ein konkretes präzises materielles Projekt. Eine Gesellschaft ohne Klassen" - ohne Geschlechter und Rassen - „und damit auch ohne Staat, [...]." (Oriach 1994, 25).

Zum Inhalt von Fliegenpilz' Diskurs: Ein reformistischer Abschied vom Linksradikalismus

Fliegenpilz macht in seinem Text jetzt wahr, was die Unglücklichen schon in ihrem Papier beansprucht hatten - nämlich daß sie das, was sie Identitätsfeminismus nennen, nur als „ein Beispiel" für in unserer Szene „absolut typisch[e]" Positionen kritisieren. Nicht nur im Bereich des Geschlechterverhältnisses, sondern in „jegliche[n]" Bereichen müsse mit dem identitätspolitischen „Schlamm von Perspektivlosigkeit und selbstgerechtem Gehabe" aufgeräumt werden. Statt dessen sei konstruktive „Politikfähigkeit" gefragt.
Fliegenpilz formuiert diese Position jetzt hinreichend deutlich:

- Er hält es für „absolut notwendig, die Identität der Radikalen Linken über Bord zu werfen. Und zwar sofort!"
- „[...] das, was heute als linksradikale Identität firmiert [ist] einfach absoluter Bullshit!"
- Die „Identität der Radikalen Linken" sei „von festen, sinnentleerten Begriffen in Form von Mythen [...] geprägt".
- „Deshalb halte ich die Zerschlagung dieser Identität [...] für den *allerersten* Schritt [...], um der Bedeutungslosigkeit zu entrinnen." (Hervorh. i.O.).
- Statt sich als „Revolutionär/in von anderen abzugrenzen" sei es notwendig „gesellschaftlich relevante Alternatividentitäten zu entwickeln".

Das ist so deutlich, daß es nicht weiter kommentiert werden muß, und auch alt-bekannt: Im Namen von „Politikfähigkeit" und „gesellschaftlich relevanten Alternati[...]en" haben sich vor rund zwanzigen Jahren schon einmal Leute aus der linksradikalen und revolutionären Bewegung verabschiedet; heute sitzen sie „gesellschaftlich relevant" für die Grünen auf MinisterInnen- und Staatssekretärs/innen/sesseln. Auch die RAF hat sich 1992 ff. im Namen von nicht mehr als einer „neuen Politik" von der Revolution verabschiedet. Und zeitgleich zur Debatte bei den Autonomen wird auch in der PDS von André Brie mit der „Wagenburg-Mentalität und [...] Politikunfähigkeit" (Interview in der *Woche*, 13.02.98, S. 10) derjenigen abgerechnet, die 'noch nicht in der Bundesrepublik angekommen sind', die ihre politische Aufgabe nicht darin sehen, 'das Grundgesetz mit Leben zu erfüllen' (vgl. ak 395, 17.10.96, S. 33).
Auf drei Punkte aus Fliegenpilz' Papier möchte ich abschließend nur noch eingehen, da sie ein richtiges Argument enthalten bzw. zwei tatsächliche Probleme ansprechen, aber Fliegenpilz daraus die falschen Konsequenzen ziehen.

1. Kommunistische oder reformistische Kritik am Linksradikalismus?

Fliegenpilz kritisiert an den Autonomen die Unterschätzung der Bedeutung von „verbindliche[n], kontinuierliche[n] und effektive[n] Kommunikationsstrukturen", die Unterschätzung der Langwierigkeit und Mühseligkeit revolutionärer Arbeit und die Unterschätzung der Bedeutung von Öffentlichkeitsarbeit. Ich glaube nicht, daß ich als LeninstIn mich hier angesprochen fühlen muß; ich möchte es deshalb gerne Voll-Autonomen überlassen, auf diese Kritik zu antworten.
Des weiteren spricht Fliegenpilz an verschiedenen Stellen seines Textes die Notwendigkeit von Bündnissen mit reformistischen Organisationen an. Auch da kann ich ihm nur zustimmen; KommunistInnen habe das autonome SektiererInnentum bereits zu einer Zeit kritisiert als Fliegenpilz wahrscheinlich noch stolz auf seine linksradikale Identität war. Wenn Fliegenpilz heute allerdings sagt, daß „weniger von Bedeutung [ist], was die Bündnispartner unterscheidet, sondern was sie verbindet und was gemeinsam erreichbar ist", dann ergreife ich sofort auf Seiten des Linksradikalismus Partei: Eben deshalb, weil die Unterschiede (im Grundsätzlichen) bedeutender sind als die Gemeinsamkeiten (im Detail), handelt es sich ja um Bündnisse (für die Durchsetzung von gemeinsamen Detailforderungen) und nicht um gemeinsame Organisierung. Als LeninistIn stimme ich Fliegenpilz zu, daß der Kampf um Reformen und Bündnisse mit ReformistInnen notwendig sind (auch wenn sie vielleicht kein „Spaß" bereiten), aber als LeninistIn sage ich auch, daß der Kampf um Reformen auf revolutionäre Weise zu führen ist und daß die eigenen revolutionären Positionen auch im Bündnis mit ReformistInnen mit sichtbar bleiben müssen.
Dies bedeutet zum einen: „Wir [...] machen *nur* solche Reformen zu unserer Losung, die *unbedingt* im Interesse des revolutionären Kampfes sind, die *unbedingt* zur Erhöhung der Selbständigkeit, der Bewußtheit und der Kampffähigkeit" - nicht nur - „des Proletariates beitragen." (LW 11, 57). Und bei Bündnissen mit ReformistInnen erhalten wir die „*vollste Freiheit* der Agitation, Propaganda und politischen Tätigkeit" (LW 31, 73) aufrecht. Denn wahre RevolutionärInnen zeichnen sich dadurch aus, daß sie „in jeder Stituation", nicht nur in unmittelbar revolutionären, „revolutionäre Arbeit [...] leisten" (LW 31, 239). „Natürlich schließen Reformen die Revolution nicht aus. Aber nicht darum geht es jetzt, sondern darum, daß die Revolutionäre den Reformisten gegenüber *sich selbst* nicht aufgeben dürfen, d.h. daß die Sozialisten ihre revolutionäre Arbeit nicht durch reformistische ersetzen dürfen." (LW 23, 197 - alle Hervorh. i.O.).

2. Kapitalistiche Flexibilisierung und postmodern-liberale Identitätskritik

Fliegenpilz spricht die momentanen gesellschaftlichen Veränderungen in Richtung „Flexibilisierung", „Dienstleistungsgesellschaft", Auflösung von Großfamilien etc. an und er wirft die Frage auf, ob der Individualismus des „autonomen Jobber- und Arbeitsethos" dieser Entwicklung zugearbeitet hat. Ich bin sehr skeptisch, ob diese Entwicklung tatsächlich eine grundlegend neue Entwicklung des Kapitalismus bedeutet; immerhin haben Marx und Engels schon im *Kommunistischen Manifest* die „revolutionäre Rolle" der Bourgeoisie und die Tendenz des Kapitalismus, „alles Ständische und Stehende" aufzulösen, analysiert (MEW 4, 464 ff.). Aber unabhängig von der Frage, *wie neu* diese Entwicklung ist, läßt sich auf jeden Fall festhalten, *daß es* im Kapitalismus eine solche Tendenz hin zu „Flexibilisierung" gibt.
Nicht nachvollziehbar ist für mich allerdings, wie Fliegenpilz, *über* das angesprochene „autonome Jobber- und Arbeitsethos" *hinaus ganz generell* zu der These kommt, daß in diesem Zusammenhang ausgerecht das Denken und Handeln der von ihm viel gescholtenen Radikalen Linken ungebrochen von den „gesellschaftlich zugewiesenen Identitäten" bestimmt wurde. Denn gerade für essentialistische Identitäts-Autonome gibt es doch kaum ein größeres Feindbild als „Multiplexkinos" etc.
Umgekehrt ist vielmehr richtig: Gerade eine Identitätskritik, die nicht (nur) essentialistisch, naturalisierend begründete Identitäten kritisiert, sondern der (wie den Unglücklichen) bereits jedes Minimum an politischer Vereinheitlichung - sei es hinsichtlich der Bestimmtung der politischen Linie der Veröffentlichungspraxis der *interim*; sei es hinsichtlich der politischen Linie der Verkaufspraxis eines feministischen Infoladen-Kollektivs (Schwarzmarkt-FrauenLesben) - suspekt ist, arbeitet doch wohl der gesellschaftlichen Tendenz in Richtung „Flexibilisierung" und Individualisierung zu. War vielleicht in fordistischen Zeiten ein radikaler, scheinbar anti-identitärer Individualismus, wie er von Fliegenpilz und den Unglücklichen vertreten wird, de-konstruktiv und subversiv, weil er vielleicht

gegen bestimmte gesellschaftliche Vereinheitlichungstendenzen stand, so wirkt er heute ganz konstruktiv und *unsubversiv* an der kapitalistischen Flexibilisierung mit, die auch noch ihre letzten Widerparts auflösen will.

3. Fehlen die Inhalte oder die Strategie?

Fliegenpilz betont die Notwendigkeit für Forderungen wie „Bleiberecht für alle", „1.500 DM Grundsicherung" sowie „Nulltarif für alle" Politik zu machen. Fliegenpilz kritisiert auch in diesem Zusammenhang noch einmal, daß von der früheren Bereitschaft von Autonomen „Bündnisse bis weit in die SPD hin" zu schließen(?), „*nichts* geblieben" ist (Hervorh. i.O.).

Ich denke, in der Tat fehlt es nicht an Inhalten (im Sinne der von Fliegenpilz genannten Forderungen) für die Bündnisse geschlossen werden könnten, sondern es fehlt an möglichen BündnispartnerInnen und es fehlt eine zeitgemäß revolutionäre Strategie ('Generallinie'), in die sich der Kampf um derartige Reformforderungen einfügen könnte.

Heutezutage ist das Problem nicht, daß Autonome Bündnispolitik geringschätzen (dieser Vorwurf kann heute nur an das anti-deutsche Spektrum à la *Bahamas News*/Gruppe K, *Konkret*, Jürgen Elsässer etc. gerichtet werden), sondern daß Autonome in Anbetracht des Fehlens von BündnispartnerInnen vielfach bereits ihre eigenen Forderungen auf ein reformistische Maß zurücknehmen.

„autonome politik" ist inzwischen zum „'lückenfüller' für funktionen, die kirchen, parteien, humantitäre kräfte nicht mehr besetzen," geworden, wie in dem Text von „frauen [...] aus verschiedenen politischen bereichen" „*Zur Politik der Frauen aus dem antirassistischen Zentrum...*" schon 1992 in der *interim*, Nr. 184/185, S. IV kritisiert wurde.

Das von Fliegenpilz angesprochene Antifa-Flugblatt aus KW (*interim* Nr. 441) ist dafür ein sehr schönes Beispiel. Auch ich finde die von Fliegenpilz kritisierte Bemerkung über „das oberspießige Bürgertum" flach. Aber viel erschreckender finde ich die Spießigkeit der AutorInnen des Flugblattes selbst, die fordern „Keinen Neonazis *und anderen Kriminellen* die Möglichkeit [zu] geben, *den Boden der Demokratie zu unterwandern und anzugreifen*". Früher hätten mit solch einer Forderung vielleicht bürgerliche AntifaschistInnen mobilisiert; heute erledigen es Autonome selbst, auf Gesetzestreue (gegen „Kriminelle") zu bestehen und vor der Unterwanderung der fdGO zu warnen.

Was wir heute brauchen - und zwar als allererstes - ist nicht der Abschied von der revolutionären Identität, sondern

- die Sammlung derjenigen, die weiterhin auf revolutionärer Grundlage gegen Rassismus, Patriarchat und Kapitalismus kämpfen (wollen)!
- die Wiederherstellung des Bewußtseins, daß sich die „Herrschenden in Ländern wie unserem oder in unterentwickelt gehaltenen Ländern [...] sich nicht durch gute Wünsche wegzaubern und nicht durch Verweigerungskampagnen zum Verschwinden bringen [lassen] und auch nicht durch den Aufbau von Gegenkultur wegzuschaffen" sind (Revolutionäre Zellen, Mai 1975, in: *Die Früchte des Zorns* [im folgenden: FdZ], Edition ID-Archiv: Berlin/Amsterdam, 1993, 105 f.).

„In dem Bemühen, jene konstruktiven Modelle einer nachrevolutionären Periode zu entwerfen und diese womöglich schon heute im Taschenformat zu leben, ist [...] eine Bestimmung des historischen Prozesses unter den Tisch gekehrt worden, die für das Selbstverständnis der autonomen Linken ursprünglich fundamental war: daß Revolution **Zersetzung** heißt, [...]: nicht daß die Umwälzung des Alltagslebens schon heute beansprucht wird, greifen wir an. Wo aber dieser Anspruch verabsolutiert und losgelöst wird von der prinzipiellen Feindseligkeit gegen die kapitalistische Kultur, wo der Rückzug auf die gettoisierte Selbstgefälligkeit als alleinselig machende Alternative zum militanten Angriff gegen den herrschenden Machtblock gehandelt wird, bleibt unter'm Strich bestensfalls die 'lebensreformerische Marotte' des radikalisierten Individuums, das auf halber Strecke stehen bleibt [...]." (Revolutionäre Zellen, Jan. 1981, in: FdZ, S. 267 f., 269 - Hervorh. i.O.).

- die Erarbeitung einer gemeinsamen Analyse und Strategie, die es ermöglicht - nicht auf der Grundlage von Anpassung, sondern auf revolutionärer Grundlage - in die von Fliegenpilz angesprochenen, „immer wieder auflebenden sozialen Bewegungen von SchülerInnen über MieterInnen bis zu Entlassungsbedrohten und Arbeitslosen" etc. zu intervenieren.

Was wir brauchen ist nicht der Abschied von Avantgarde, sondern die Wiederherstellung der Avantgarde, d.h. eines Kollektiv von „VorreiterInnen der Revolution" (Fliegenpilz)!

„Wir sind als Organisation [...] kein Teil der sogenannten undogmatischen Linken und haben zum Teil scharfe Kritiken an der Entwicklung dieser Bewegung. Die RZ sind Teil der bewaffneten Linken: unsere Aktionen und Stellungnahmen zielen nicht nur auf den Imperialismus [...], sondern sind auch innerhalb der Linken Anlaß von Auseinandersetzungen, sowohl *ein Moment der Vereinheitlichung*, als auch der Polarisierung, ein notwendiger Bestandteil revolutionäre *Perspektive*."
Revolutionäre Zellen, Mai 1977, in: FdZ, S. 171 - Hervorh. d. Verf.In

„Wir sind im Rahmen unserer Praxis gegen Atomenergie einer der vielen Teile der Bewegung, nicht aber ihr bewaffneter Arm. Dies bedeutet, daß *wir unsere Entscheidungen autonom fällen*, aber in einem spezifischen Abhängigkeitsverhältnis zum Zustand dieser Bewegung, in dem Bewußtsein und der Rücksichtnahme, daß unsere Aktionen *Auswirkungen auf die gesamte Bewegung* haben können."
Revolutionäe Zellen, 1980, in: FdZ, S. 352 - Hervorh. d. Verf.In

Eine-Nicht-Frau-Nicht-Mann-Lesbe

Literatur:
Louis Althusser, *Für Marx*, Suhrkamp: FfM, 1968; Lenin, *Was tun?* (1902) (in: Werke, Bd. 5) zit. n. Althusser 1968, 214; Frédéric Oriach, *Der bewaffnete Kampf als strategische und taktische Notwendigkeit des Kampfes für die Revolution*, in: Broschürengruppe u.a. (Hg.), *Triple Oppression & bewaffneter Kampf*, Selbstverlag: Berlin, 1995^2, 25-45;

Fortsetzung
folgt. In der Forsetzung, an der ich im Moment unter dem Titel *„Es geht weiterhin um das Geschlechterverhältnis"* arbeite, werde ich einerseits das Papier der Unglücklichen in der *interim* Nr. 442 diskutieren **und am Ende *konkreter als in meinem ersten Papier auf die Frage ein gehen: Wie kann eine Praxis der revolutionären De-Konstruktion des Patriarchats aussehen?***







Abschiedsabend im M99 Cafe auch wir machen dicht - leider !!

Riots in Berlin in anderswo

8.3.98

Reaganbesuch (1987)
Kontraste Extra zum Kreuzberger 1.Mai 1989
Republikaner Parteitage 1989 (ICC + Hasenheide)
1. Mai 1992
The Poll Tax Revolte (London 1992)
aber auch alles um den 3.Okt 1991
(WDR Doku "Schande für Deutschland")

Internationale Häuserkämpfe

22.3.98

Kampf um selbstbestimmte Lebensräume in Kanada, Dänemark, Italien, Spanien

3 Stunden Filme:
9 Tage hinter Barrikaden
The Beat of Frances Street - Squatting in West-Vancouver
Kopenhagener Aktionstage 88
Centro Sociale Leoncavallo
u.a.

M99
Politische Kneipe
Manteufelstr. 99
Kreuzberg
jeweils offen ab 19 Uhr
bis 4 Uhr morgens
Filme ab 21 Uhr
(am 22.3. mit Abschiedsvokü)

Kommt schaut und trinkt (damit wir wenigstens noch ein paar Unkosten decken können! - bettel)

„Die BRD ist Kriegspartei in Kurdistan"

Vorträge und Diskussionen

13.00 Uhr **„Deutsche Waffen raus aus Kurdistan" –**
Waffenexporte und Aufrüstung der Türkei. Das neue Rüstungsprogramm der türkischen Armee
BUKO-Kampagne gegen Rüstungsexporte, Bremen

15.00 Uhr **„Kanther Terrorist" –**
die kurdischen Bevölkerung zwischen Ausländergesetzen, Asylverfahren, Rassismus, Polizeigewalt und PKK-Verbot
Azadi e.V., Köln

16.30 Uhr **„Abschiebung in den Krieg" –**
zehn Jahre nach dem Giftgasmassaker von Halabja plant die BRD eine Massenabschiebung von KurdInnen in den Nordirak
Wadi e.V. Frankfurt

18.00 Uhr **Essen** parallel Dokumentarfilm über die aktuelle Lage in Kurdistan

19.00 Uhr **Lieder aus der Türkei und Kurdistan**
Metin Cakmak (Gitarre und Gesang)
Huseyin Kucuk (Saz und Gesang)

19.30 Uhr **„Die BRD ist Kriegspartei – was hat Kurdistan mit uns zu tun?"**
Berliner Linke, internationalistische und antirassistischen Initiativen stellen ihre Arbeit vor. Vorschläge und Diskussion über Zusammenarbeit und gemeinsamen Widerstand

15.3. ab 13.00 Uhr im Ex

Gneisenaustr. 2a, U-Bahnhof Mehringdamm

Termine

DRUGSTORE soll umziehen- POTZE soll rausfliegen??!!

Kuriose Sparmaßnahmen gefährden unsere Projekte !!!

Danke für Eure Unterstützung bei der letzten Jugendhilfeausschußsitzung am 10.2.98. Aber jetzt wirds ernst!

Am 10.3.98 entscheidet endgültig "dieser Ausschuß" über unsere selbstbestimmten Projekte Drugstore und Potze. Daher benötigen wir erneut DEINE SOLIDARITÄT!

KOMMT ZAHLREICH UND UNTERSTÜTZT UNSEREN KAMPF FÜR UNSERE PROJEKTE IN DEN JETZIGEN RÄUMEN !!



Komm zur entscheidenden öffentlichen Jugendhilfeausschußsitzung am DI ,d. 10.3.98 um ca. 15.30 im Rathaus Schöneberg, Raum 1110!

Treffpunkt vorher : 14:00 im DRUGSTORE
Potsdamer Str. 180, Schöneberg
U-Bhf : Kleistpark/Bülow / Yorckstr
unter der Tel.-Nummer 7876 21 82 erfahrt ihr auch ob sich an Ort der Sitzung was geändert haben sollte.

Montag 2.3 — **14.30 Uhr Shoa Teil I:** R: Claude Lanzmann, F. 1974 - 1985, Dauer: 4.5 Stunden.

Freitag 6.3 — 20.30 Uhr: Out in Friedrichshain-Frauen/Lesbenkino zeigt: **Burning Life** (BRD1994) Während eines Banküberfalls kreuzt sich der Weg von zwei Frauen - eine unkonventionelle Beziehung beginnt.

Samstag 7.3 — 15.30 - 20.00 Cafe und Kuchen im Größenwahn
17.0 Film: **Jumanji** (USA 1995, 108 min) Eintritt frei
Spannender Abenteuerfilm über ein hinterlistiges, geheimnisvolles Spiel, dem mensch nur mit Hilfe anderer entkommen kann.

Freitag 13.3 — *Lateinamerika Reihe im Rahmen der Kampagne „Ein Radio für die MRTA"*
Soli 4 - DM
20.0 Uhr Film: **Der unsichtbare Aufstand** R: Costas Gavras
An Hand der Entführung eines CIA-Agenten durch Tupamaros im Uruguay der späten 60er wird akribisch das Spinnennetz US-amerikanischer Verflechtungen in lateinamerikanische Politik und Wirtschaft präsentiert.

Samstag 14.3 — 15.30 - 20.00 Cafe und Kuchen im Größenwahn
17.0 Film: **Das Leben ist eine Baustelle** (BRD 1996) Eintritt frei
... wie Berlin, und da spielt die Story auch...

Montag 16.3 — 20.00 Uhr Info- und Mobilisierungsveranstaltung des Anti Atom Plenums:
Wirtschaftliche Verflechtungen in der Atomindustrie
Referent: Jürgen Siebert

Größenwahn
Veranstaltungsetage
Kinzigstr. 9 HH
10247 Berlin
Tel / Fax 294 921 20 oder 294 76 88 (Frauen/Lesben)

Termine

6.3.	19:30 Veranstaltung zur Situation in Nordirland	Papiertiger, Cuvrystr.25, Berlin-Kreuzberg
	20:30 Film: »Burning Life«, Frauen-Lesben-Kino	Café Größenwahn, Kinzigstr. 9, Berlin-Fr.
	abends Kiezdiko, KvU	Kremmener Str. 9-11, Berlin-Mitte
7.3.	20:00 Frauen-Lesben-Fest zum 8.März	EX, Gneisenaustr. 2 a, Berlin-Kreuzberg
10.3.	15:30 Jugendhilfeausschuß Schöneberg zur Potze	Treffpunkt: 14:00 Drugstore, Potsdamer Str.180, Berlin-Schöneberg
11.3.	20:30 Film »Globaler Markt, globale Sklaverei«	Umweltbibliothek, Schliemannstr. 22, Berlin-Prenzlauer Berg
13.3.	19:00 Treffen gg. antifeministisches Rollback	Papiertiger, s.o.
	20:00 Film »Der unsichtbare Aufstand«	Café Größenwahn, s.o.
14.3.	15:00 Bundesweite Demo in Saalfeld	
15.3.	ab 13:00 Vorträge & Diskussion »Die BRD ist Kriegspartei in Kurdistan«	EX, s.o.
16.3.	20:00 Veranstaltung zur Situation in Palästina	Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2
	20:00 Infoveranstaltung Anti-Atom-Plenum	Café Größenwahn

Antifaschismus läßt sich nicht verbieten!



Saalfeld

Gegen jeden rechten Konsens

Die Demonstration wird unterstützt von:

Stoppt faschistische und rassistische Übergriffe!

Regionale und Bundesweite Demonstration

Sa · 14.03.1998 · 15 Uhr · Bahnhofsplatz